

## Inhaltsverzeichnis



### 3 Editorial

Stromschnellen und  
Ähnliches

### 4 Wohnbaupolitik

Reiche am Berg,  
auf schmierigem Grund

### 6 House-Sharing

Ein Ferienhaus zum  
Nutzen und Mitbesitzen



### 7 Zehn Jahre Frauenstreik

Frisch, frech, fröhlich,  
frei...

### 8 AHV-Revision

Kein einseitiger  
Leistungsabbau

### 10 Abstimmung Militärgesetze

UBS und Genosse  
Moritz entschieden

### 11 Majorz-Abstimmung

Der Sieg gegen die  
Majorz-Dampfwalze



### 12 Galvanik

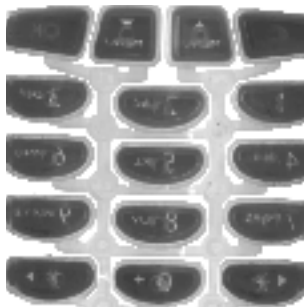
Offen

### 14 Flughafen Kloten

Der Zug als Alternative  
zum Zug

### 16 Mobilfunk-Antennen

ORANGE gibt Gas,  
die SGA auch



### 19 Interkulturelle Projektwoche

Integration,  
nicht multikulti Fastfood

### 20 ZVB-Kapitänin

Jetzt fehlt nur noch  
die Schiffsprüfung

### 22 Lego Baar

Rolle der Gewerkschaften –  
Lego als Prüfstein

### 24 Bericht aus dem Regierungsrat

«Geldwäscherei»  
in Sizilien

### 25 Serviceteil

Buch  
Film  
Frontal  
Impressum



# Stromschnellen und Ähnliches

*Während der Schlussredaktion dieser BULLETIN-Ausgabe kreuzt unser Chefredaktor auf dem Weg von Le Havre nach Montreal an Bord eines Frachters im Mündungsgebiet des Sankt-Lorenz-Stromes. Dieses ist bekannt für seine heimtückisch-gegenläufigen Strömungen, welche es zur anspruchsvollen Aufgabe machen, ein Schiff auf Kurs zu halten. Das spannende Manöver dürfte bei Martin Stuber tiefsinnige Betrachtungen über Parallelen zu seiner politischen Arbeit auslösen...*

*Auch die Zuger Politlandschaft ist reich an Gegensätzlichkeiten. Am Abstimmungswochenende im Juni fielen die Entscheidungen in wichtigen Fragen äusserst knapp aus. Zwei Beiträge ziehen Bilanz nach den angenommenen Militärvorlagen und dem erneuerten Bekenntnis zum Proporzwahlverfahren für Exekutivbehörden. Ob der in seinen eigenen Stromschnellen gefangene Schummelpeter Hess das Ergebnis beim Proporz günstig beeinflusst hat, ist nur zu vermuten.*

*Aus regierungsrätlicher Feder erfahren wir allerhand Wissenswertes über Geldwäscherei, Polizeifusion und Lastwagenstau. Der unaufhaltsame Aufstieg des HPU auf der Promi-Leiter erstaunt selbst seine nächste Umgebung: Publikumswirksame Auftritte in der Öffentlichkeit bei Printmedien, Radio und Fernsehen folgen sich in kurzen Abständen. Mit dem neuen Amt als Landammann allein lässt sich das nicht erklären. Ist da der Machtschutz Gottes im Spiel? Siehe Frontal.*

*Im Sog bürgerlicher Angstmacherei droht die 11. AHV-Revision zur reinen Sparübung zu verkommen. Uns*



*interessieren insbesondere die Auswirkungen für Frauen. Frauenanliegen waren mit dem Dreifachjubiläum «30 Jahre Frauenstimmrecht», «20 Jahre verfassungsmässige Gleichstellung» und «10 Jahre Frauenstreik» wieder vermehrt im Gespräch. Eine Fotoseite dokumentiert den Festakt im Burgbuchsaal.*

*Lego, PPC, Roche: Arbeitsplätze in der Produktion sind auch im Kanton Zug abbaugefährdet. Ein leitender Gewerkschafter geht einem konkreten Beispiel auf den Grund. Aus eher arbeitsplatzsicherer Warte erfahren wir im Interview mit einer Busfahrerin, was ihren beruflichen Alltag prägt.*

*Das Grundbedürfnis Wohnen ist im Raum Zug für Minderbegüterte zum Albtraum beziehungsweise zum zermürbenden Marathonlauf bei der Wohnungssuche geworden. Die Mieten liegen im Durchschnitt - als direkte Folge der Steuergesetzgebung - um 30Prozent*

*über dem schweizerischen Mittel. Es ist daher zu begrüßen, wenn auch beim Zuger Stadtrat allmählich ein Umdenken einsetzt.*

*Das Redaktionsteam freut sich auf die Sommerpause und wünscht allen BULLETIN-LeserInnen eine schöne Zeit bei verdienter Entspannung und neuen, bereichernden Erfahrungen. Buchtipps und Veranstaltungshinweise am Ende des Blattes liefern Anregungen für den Nahurlaub und die Ferienlektüre. Empfehlenswert ist auch das Studium des beiliegenden Einzahlungsscheins, doch nur für jene, die ihren Obolus noch nicht entrichtet haben. Besten Dank.*

*Gerhard Schmid,  
Redaktor BULLETIN*

# Reiche am Berg, auf schmierigem Grund

Es tut sich was in der städtischen Wohnbaupolitik. Im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug werden zur Zeit verschiedene Vorlagen behandelt, die mit dem Thema Wohnen in Verbindung stehen.

Von Stefan Hodel,  
Gemeinderat SGA/Parteilose  
Bild Brigitte Weiss

Bereits 1981 gab das Stimmvolk dem Stadtrat den Auftrag, 400 städtische Wohnungen zu realisieren. In diesem Zusammenhang wurde ein Projekt zum Bau von preisgünstigen Wohnungen an der Waldheimstrasse bearbeitet. Vorgeesehen war dafür ein nicht überbautes Grundstück nördlich des Altersheims Waldheim. Das Grundstück trägt den Namen Schmalzgrueb. Nachdem für mehr als 1,5 Millionen Franken projektiert worden war, wurde die Sache gestoppt. Dies aus der Erkenntnis heraus, dass auf ungünstigem, schmierigem Baugrund die Realisierung von preisgünstigen Wohnungen kaum möglich sei.

Im Juni 1997 beschloss der Grosse Gemeinderat, auf die Weiterbearbeitung des Projekts durch die Stadt Zug zu verzichten. Gleichzeitig wurde eine Untersuchungskommission (PUK) beauftragt, die Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit diesem Projekt abzuklären. Der Stadtrat beschloss, das Grundstück zu verkaufen und den Verkaufserlös zur Abschreibung des aktivierten Landwertes und der aufgelaufenen Projektierungskosten zu verwenden.

## Teuer verkauftes Land

In der Folge wurde das Grundstück Anfang 2000 zum Verkauf ausgeschrieben. 60 Interessenten meldeten sich, 13

davon reichten eine Kaufofferte ein. Die Projekte wurden geprüft und vier Bewerber darauf zu einer weiteren Runde eingeladen.

Darunter war auch Dani Brunner, der durch die Firma Metron ein Projekt hatte ausarbeiten lassen. Mit diesem Projekt wäre es doch noch möglich gewesen, preisgünstige Wohnungen zu realisieren wäre. Denn Dani Brunner wäre darauf angewiesen gewesen, nach den Richtlinien des Wohnbau- und Wohneigentumsförderungsgesetzes (WEG) zu bauen, wozu er das nötige Kontingent auch erhalten hätte. Es ist aber nur möglich, nach WEG zu bauen, wenn bei den gesamten Baukosten die Landkosten einen gewissen Prozentsatz nicht überschreiten. Dani Brunner konnte somit, wollte er am Ziel preisgünstige Wohnungen festhalten, «nur» 2 Millionen Franken bezahlen. Die restlichen Anbieter boten jedoch wesentlich mehr, nämlich sieben, siebeneinhalb oder gar neun Millionen Franken. Damit hatte das interessante Projekt der Metron leider keine Chancen mehr. Der Stadtrat rechnete sich wohl aus, dass im bürgerlich dominierten Gemeinderat die Idee, das Grundstück Exgemeinderat Brunner zu einem Preis, der 5 Millionen tiefer lag als das nächsthöhere Angebot, zu verkaufen, kaum auf ein positives Echo stossen würde, und schlug vor, dem Architekten Philipp Brühwiler den Zuschlag für 7 Millionen Franken zu geben.

Damit ist die Idee, im Waldheim Wohnungen zu einigermaßen bezahlbaren Preisen zu realisieren, leider definitiv gestorben. Wenn Architekt Brühwiler für das Grundstück sieben Millionen Franken bezahlen muss, wird er nur Eigentums- oder Mietwohnungen der oberen Preisklasse im Stil der Überbauungen Liebfrauenhof, Fridbach et cetera realisieren können. Gelingt es Brühwiler, auf dem problematischen Baugrund zu bauen, so werden in naher Zukunft in der Schmalzgrueb wohl nur Menschen woh-

nen, die genügend Schmalz im Vorrats-topf haben, um sich diese teuren Wohnungen leisten zu können. Das Projekt der Metron hätte zur sozialen Durchmischung des Quartiers beigetragen und das ungeschriebene Gesetz «Die Reichen am Hang, der Rest in der Ebene» durchbrochen. Einen Vorteil hat das Ganze doch: Durch den Verkauf für 7 Millionen sind die Kosten für den damaligen Landerwerb sowie die Planungs- und die Verkaufskosten gedeckt. Es resultiert aus dem Verkauf sogar noch ein Restbetrag von mehr als 2 Millionen Franken, der in eine Rückstellung zur Unterstützung von preisgünstigem Wohnungsbau oder für Landerwerb eingesetzt werden soll.

## Wohnen am Kolinplatz

Am 17. November 1999 brannte das im Besitz der Stadt stehende Gebäude am Kolinplatz 21 und musste in der Folge abgerissen werden. In diesem Haus wohnten zu diesem Zeitpunkt die Familie eines Mitarbeiters des städtischen Werkhofes, ein Paar, das durch das Sozialamt in der Notwohnung im dritten Stock einquartiert worden war, sowie im ersten Stock drei Jugendliche.

Die Vereinigung für Jugendfragen Zug (VJZ) hat in der Stadt drei Wohnungen gemietet und vermietet die Zimmer weiter an Jugendliche in Ausbildung, die aus verschiedenen Gründen nicht mehr bei den Eltern wohnen können. Die Stadt war nicht in der Lage, der VJZ und somit Jugendlichen eine Ersatzwohnung anzubieten. Dank Mithilfe der Jugendlichen und mit viel Glück konnte eine Ersatzwohnung in einem Altbau gefunden werden. Diese Wohngelegenheit ist jedoch nur befristet nutzbar. Die Stadt Zug konnte im Laufe der Jahre weitere Häuser im Geviert Kolinplatz in ihren Besitz bringen und möchte nun einen Wettbewerb durchführen, damit die verschiedenen Altbauten später saniert und



Auf der Waldheimwiese entstehen keine günstige Wohnungen – einmal mehr.

das Haus Kolinplatz 21 neu aufgebaut werden können. Wohnen am Kolinplatz – bringt das wirklich? Wir finden ja, denn das Haus steht etwas zurückversetzt. Die von 1991 bis 1999 bestehende Jugendwohnung war sehr beliebt. Dies nicht nur wegen der günstigen Miete, sondern vor allem auch wegen der zentralen Lage – trotz dünnen Holzwänden und undichten Fenstern. Wie attraktiv muss es erst sein, hier zu wohnen, wenn das Haus gut beheizbar sein wird?

Wir setzen uns dafür ein, dass im neu aufzubauenden Haus in erster Linie Wohnungen und auf keinen Fall Büros zur Fremdvermietung erstellt werden. Laut dem VJZ Geschäftsführer Beat Linder wäre auch die Nachfrage nach einer Jugendwohnung vorhanden.

#### Doch noch ein Happyend?

Die SP-Fraktion hatte im April 2000 mit einer Interpellation verschiedene Fragen zum städtischen Wohnbau

auftrag gestellt und den Stadtrat aufgefordert, diesen Auftrag zu erfüllen. Wenige Tage später reichte die FDP-Fraktion eine Motion ein, die in die entgegengesetzte Richtung zielt: Es mache keinen Sinn, wenn die Stadt Zug die noch fehlenden Wohnungen baue und damit die privaten Wohnungsbauvorhaben konkurrenzieren. Wie geht der Stadtrat mit dieser Situation um?

Aus dem Bericht und Antrag zur städtischen Wohnbaupolitik vom Mai 2001 ist ersichtlich, dass der Stadtrat sich endlich um das Thema kümmert. Er stellt zuerst fest, dass die Stadt Zug zu den Gemeinden mit den höchsten Wohnungsmietpreisen der Schweiz gehört. Das Angebot an neu erstellten Mietwohnungen sei rudimentär und der Leerwohnungsbestand schwankte in den vergangenen fünf Jahren zwischen 0,16 und 0,66 Prozent. Um einen funktionierenden Markt zu gewährleisten, müsste er um 1,5 Prozent liegen. Bei der Realisierung der dringend benötigten Wohnungen möchte man mit den seit Jahrzehnten in Zug tätigen Wohnbaugenossenschaften zusammenarbeiten. Liegenschaften sol-

len im Baurecht direkt an Wohnbaugenossenschaften abgegeben werden können. Der Stadtrat strebt zudem eine aktive Liegenschaftspolitik an, damit die eher geringen Landesreserven vergrößert werden können. Für die einzelnen MieterInnen ist es wichtig, dass familienfreundliche Wohnungen mit bezahlbaren Mieten zur Verfügung stehen. Ob diese Wohnungen nun der Stadt oder einer Wohnbaugenossenschaft gehören, ist weniger wichtig. Deshalb begrüsst die Fraktion von SGA und Parteilosen das geplante Vorgehen der Stadt.

# Ein Ferienhaus zum Nutzen und Mitbesitzen.

Mobility oder Car-Sharing stehen für die sinnvolle Nutzung des Autos. Diese Idee lässt sich auf anderes übertragen: zum Beispiel House-Sharing. So stehen Kosten und Aufwand in vernünftigem Verhältnis zueinander. Energieverbrauch und Umweltbelastung sind reduziert.

Von Tony Mehr, Menzingen

Bild Renè Degen und Martin Stuber

Ferienhaus-Sharing statt leerstehende Zweitwohnungen: Diese Idee verwirklichten einige Zugerinnen und Zuger vor sechs Jahren auf der Rigi-Scheidegg. Dort gibt es die Ferienhaus-Genossenschaft Righüsli für 12 bis 20 GenossenschaftlerInnen. Es ist keine Miet-, sondern eine Besitz-Genossenschaft, die Ferienwohnung ist gekauft – das Ferienhaus zum Nutzen und Besitzen.

Das Righüsli gehört 12 verschiedenen BesitzerInnen. Finanziert wird die 4-Zimmer-Wohnung durch Genossenschaftsanteile (7000 Fr. Einmal-Einlage für die Zeit der Mitgliedschaft), durch freiwillige Darlehen und eine Hypothek. Die Jahresfixkosten decken Übernachtungsbeiträge (jährlicher Fixbeitrag von 750 Fr. und Beiträge pro einzelne Übernachtung zwischen 40 und 120 Fr.). Zehn Übernachtungen von 14 GenossenschaftlerInnen bringen die jährlichen Kosten herein. Damit ist das Haus während 40 Prozent aller Nächte bewohnt – welches Ferienhaus ist das sonst schon?

## Eine gute Ökobilanz

Ein Haus mitbesitzen, verändern, optimieren, nach eigenem Geschmack einrichten: Die jährliche GV koordiniert diese Aktivitäten.

Was die Leute bewogen hat, bei der Hausteilet mitzumachen: Kosten auf



Nebel und Alltag entfliehen. Dank House-Sharing günstig und umweltverträglich.

mehrere Schultern verteilen, eine bestehende Wohnung nicht alleine nutzen und damit die meiste Zeit leer stehen lassen. Dann der zentrale, mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbare Standort, die Wohnung ist fünf Minuten von der Seilbahnstation entfernt. Von Zug aus sind Erholungssuchende in einer guten Stunde auf alpinen 1600 Metern. Und schon beginnt das Wochenende oder die Ferienwoche – in einer anderen Welt.

## Reservierungsknatsch und schimmelige Essensresten?

Wo mehrere Parteien ein gemeinsames Gut teilen, müssen einige Abmachungen für Fairness und Wohlbefinden sorgen. Vierteljährlich erhalten alle eine Reservationsliste und können per PC oder Telefon buchen. Bei heiss begehrten Daten wird abgewechselt. Nicht verderbliche Esswaren sind als Grundstock vorhanden, alles andere wird wieder mit nach Hause genommen. Geputzt wird,

was schmutzig geworden ist. Probleme gibt es dabei erstaunlicherweise keine, alle verlassen die Wohnung so, wie sie sie selber wieder antreffen möchten.

## Als Nichtmitglied übernachten und Probe wohnen

An freien Daten kann das Haus von Bekannten der Genossenschaft gebucht werden. InteressentInnen können auf der Rigi Probe wohnen, Ruhe und die Aussicht auf Urner und Glarner Alpen geniessen, nach Unterstetten wandern oder die übrige Rigi erkunden. Oder: Im Winter mit den Langlaufskis, im Sommer auch mit dem Bike, in Rigi Kaltbad mit den schicken Leuten auf der Terrasse sonnenbaden.

Weitere Informationen zur Hausgenossenschaft Righüsli:

• [www.degen@org/rigi](http://www.degen@org/rigi)

• Tony Mehr: Tel. 755 10 35, E-Mail: [mehr@zugernet.ch](mailto:mehr@zugernet.ch)

**20**  
Jahre  
Artikel zur Gleichstellung  
von Mann und Frau



**Frisch,  
frech,  
fröhlich,  
frei ...**



Das 10-jährige Jubiläum des Frauenstreiktages feierte die OFRA Zug mit einem Theaterstück, das sie eigens für diesen Anlass schreiben liess. Drei junge Theaterfrauen liessen die Auf und Abs der Frauenbewegung der letzten 30 Jahre Revue passieren. Der Aufruf an die frauenbewegten Zugerinnen wurde gehört: Sie erschienen zahlreich, das Risotto war in kürzester Zeit ausverkauft.



**30**  
Jahre  
Frauenstimm



Von Natalie Chiodi  
Bilder: Brigitte Weiss

# Kein einseitiger Leistungsabbau

Die 10. AHV-Revision führte zur Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 64 Jahre. Aber es gab auch Verbesserungen für die Frauen: Rentensplitting, Erziehungs- und Betreuungsgutschriften. Im Gegensatz dazu bringt die 11. AHV-Revision vor allem einen Leistungsabbau auf Kosten der Frauen mit sich – ohne ausgleichende Verbesserungen.

Von Colette Nova\*

Die 11. AHV-Revision würde, so wie sie vom Bundesrat vorgelegt wurde, einen klaren Leistungsabbau für die Frauen darstellen. Von 1,4 Milliarden jährlichen Einsparungen würden 1,2 Milliarden ausschliesslich auf Kosten der Frauen gehen. 800 Millionen. sollen durch Einsparungen bei der Witwenrente «gespart» werden. Weitere 400 Millionen. sollen durch die Erhöhung des Frauenrentenalters um ein weiteres Jahr auf 65 Jahre eingespart werden. Die restlichen 200 Millionen. würden durch eine verzögerte Anpassung an die Teuerung eingespart, was einen Kaufkraftverlust für Frauen und Männer bedeutet.

Zum Paket der 11. AHV-Revision gehört auch der Vorschlag, die Mehrwertsteuer zweckgebunden anzuheben. Sowohl die AHV- als auch die BVG-Revisions-Vorlage tragen noch klar den Stempel der wirtschaftlichen Krise der 90er-Jahre, obwohl sie im Aufschwung vorgelegt wurden. Diese Konzeption kommt denjenigen entgegen, die bei der AHV sparen und auf der anderen Seite massivste Steuergeschenke an reiche Familien und Banken machen wollen! Die jahrelange massive Angstkampagne, dass die AHV – ausgerechnet im reichsten Land der Welt – am Verlumpen sei, hat ihre Früchte getragen. Diese Behauptung

wird teilweise sogar bis in linke Kreise hinein akzeptiert. Entsprechend schwierig ist es, dieses Schreckgespenst wieder aus den Köpfen zu verdrängen. Auf die Frage, ob sie eine Frühpensionierung wollen, antworten zwar die meisten Leute mit Ja. Wenn aber nach der Finanzierbarkeit gefragt wird, kommt jeweils keine Mehrheit zustande. Das Abstimmungsresultat im November 2000 zeigte immerhin, dass nicht mehr alle an dieses Schreckgespenst glauben. 46 Prozent der Abstimmenden haben Ja gesagt zu den beiden Volksinitiativen für ein flexibles Rentenalter – ein historisch einmaliges Resultat.

## Schwierige Verhandlungsposition

Die Ausgangslage ist klar: Wir müssen den Abbau bekämpfen und wollen gleichzeitig eine Verbesserung beim flexiblen Rentenalter. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament befürwortet klar einen Abbau, ist aber gegen jede Leistungsverbesserung in Form einer Frühpensionierung. Sie möchte zudem möglichst wenig zusätzliche Finanzmittel (in Form von Mehrwertsteuerprozenten) zugestehen. Wir haben also eine sehr schwierige Ausgangslage.

## Gleichstellungspolitik

Wer die Vorlage der 11. AHV-Revision liest, erkennt sofort, dass sie unter dem Blickpunkt der Gleichstellungspolitik unseriös ist. Offensichtlich wurde die Gleichstellungsfrage gar nicht untersucht, sondern einfach davon ausgegangen, dass die Frauen zur Kasse gebeten werden sollen. Als Argument wird bei der Witwenrente zwar (in einem einzigen Satz!) der verfassungsmässige Grundsatz der Gleichstellung angeführt – aber es ist keine Analyse der tatsächlichen Lage der Frauen vorgenommen und keine Auseinandersetzung mit den Erfordernissen des Gleichstellungsauftrages ge-

führt worden. Wenn die VerfasserInnen der Vorlage sich die Mühe genommen hätten, die Auswirkungen der von ihnen vorgeschlagenen Revision auf die Situation der Frauen zu untersuchen, wären unangenehme Wahrheiten zu Tage getreten, die das (Spar-)Vorhaben gestört hätten. «Was ich nicht weiss, macht mich nicht heiss», scheint da das Motto gewesen zu sein.

Zur Zeit stehen folgende Modelle des flexiblen Rentenalters zur Diskussion: Das Modell der Beitragsjahre: Jede Person hat nach einer bestimmten Anzahl Beitragsjahren, zum Beispiel nach 40 Jahren, Anspruch auf die ungekürzte AHV-Rente. Das kommt praktisch einer Rentenaltersenkung gleich, die allen zu Gute kommt, ausser einem Teil der AusländerInnen, die die geforderten Beitragsjahre in der Schweiz nicht erbringen können. Dieses Modell wäre zwar schön, aber wegen den hohen Kosten ist es politisch unrealistisch.

Das Modell der Erwerbsjahre: Der Anspruch auf eine ungekürzte Rente wird von der Anzahl der Erwerbsjahre abhängig gemacht. Den Begriff der Erwerbsjahre gibt es allerdings in der AHV, im Gegensatz zu den Beitragsjahren, heute noch nicht. Die Definition des Erwerbsjahres entscheidet darüber, welche und wie viele Personen vom flexiblen Rentenalter Gebrauch machen dürfen.

Was gilt als Erwerbsjahr, gehören zum Beispiel Kindererziehung oder Arbeitslosigkeit dazu? Für Frauen ist dieses Modell nicht interessant, da wegen der tiefen Einkommen weniger Frauen als Männer die Anforderungen erfüllen würden. Es ist vorderhand ein «Männermodell»! In einigen Jahrzehnten wird dies hoffentlich nicht mehr der Fall sein. Die 11. AHV-Revision soll aber auch den Frauen, die in nächster Zeit ins Rentenalter kommen, einen Vorbezug ermöglichen, umso mehr, als mindestens ein Teil der Kosten von den Frauen selbst bezahlt werden muss (Erhöhung des Ren-



Die 11. AHV-Revision würde einen klaren Leistungsabbau für die Frauen darstellen.

tenalters auf 65 Jahre).

#### Zwei Modelle mit Rentenkürzungen

a) Das Fürsorgemodell: Unabhängig von Beitrags- und Erwerbsjahren wird bei frühzeitiger Pensionierung die Rente je nach Vermögen und Einkommen der betroffenen Person mehr oder weniger stark gekürzt. Dieses Modell hat einen starken Fürsorgecharakter, wir lehnen es ab.

b) Das Modell der sozial abgestuften Kürzungen: Das so genannte Bundesratsmodell sieht vor, die Renten je nach Höhe des durchschnittlichen massgebenden AHV-Einkommens zu kürzen. Die Pensionskasse oder das Vermögen werden in diese Berechnung nicht einbezogen. Da Frauen aber oft eine niedrige AHV und keine Pensionskasse haben, trifft sie auch eine kleine Rentenkürzung grundsätzlich empfindlicher als Männer, die beispielsweise von der Pension leben können und die AHV erst ab dem ordentlichen Rentenalter beziehen.

Im Moment haben sich zwei Modelle

herauskristallisiert, das Modell der Erwerbsjahre und das Bundesratsmodell, das aber noch sehr deutlich verbessert werden müsste, um für uns akzeptabel zu sein

Bei der Argumentation für die Witwenrente müssen wir den sozialen Aspekt betonen, der kommt politisch besser an als das Gleichstellungsargument. Bei den Bezügerinnen einer Witwenrente geht es grösstenteils um Frauen zwischen 55 Jahren und dem Rentenalter. Da die vorzeitige Sterblichkeit bei Männern aus den unteren Schichten viel höher ist als bei den gut Situierten, gibt es viel mehr Witwen aus unteren Schichten. Das viel zitierte Beispiel der reichen Witwe vom Zürichberg ist in der Praxis höchst selten. Fast alle dieser Witwen haben ein Erwerbseinkommen, das unter dem Existenzminimum liegt. Sozialpolitisch wäre es also falsch, die Pläne des Bundesrates zu akzeptieren. Teilweise wird auch davon gesprochen, die Renten für arme Witwen durch Ergänzungsleistungen zu ersetzen. Wir lehnen das ab: Wir wollen den Charakter der Volksversi-

cherung der AHV beibehalten, dabei muss auch die reiche Witwe das Anrecht auf eine Rente behalten. Die AHV darf kein Fürsorgesystem werden, bei dem nur noch arme Witwen eine Leistung erhalten. Politisch stehen unsere Chancen bei der Witwenrente gut.

*\* Colette Nova, lic. Iur., ist geschäftsführende Sekretärin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, zuständig für Sozialversicherungen. Die ungekürzte Variante wurde in der März-Ausgabe der FemCo publiziert und ist aufgrund eines Referates von Colette Nova am 2. Dezember 2000 in Bern entstanden. Die Feministische Koalition (FemCo) hatte zu dieser Diskussionsveranstaltung geladen. Der vorliegende Text wurde durch Natalie Chiodi stark gekürzt.*



# UBS und Genosse Moritz entschieden

Mit einem Zufallsmehr sind die beiden Militärgesetze durchgekommen. Ohne die UBS-Spende und Moritz Leuenbergers Schlussappell wäre es anders rausgekommen.

Von Josef Lang, GSoA

Seit Wochen war klar, dass das bürgerliche Lager sich in Sachen Militärgesetz ungefähr hälftig gespalten hatte. Es wurde immer offensichtlicher, dass die Linke über die Annahme oder Ablehnung entscheiden wird. Solange der Irrglauben vorherrschte, es ginge bei der Revision bloss um den Selbstschutz und nicht um die Annäherung an die Nato, war die grosse Mehrheit der SP-Wählerinnen und -Wähler für ein Ja. Dies änderte sich nach der Bekanntgabe des «30-Milliarden-Wahnsinns» durch das VBS unmittelbar vor dem 1. Mai. Nur Naïve konnten den Zusammenhang zwischen Nato-Interoperabilität und Aufrüstung übersehen. Das linke Ja erodierte von Woche zu Woche – trotz der Ausgrenzung des friedenspolitischen Neins durch die mehrheitlich obrigkeitshörigen Medien. Hätte das linke Ja nicht noch die von der UBS bezahlten Inserate machen können, hätte es für das VBS und die Armee noch schlimmer ausgesehen.

Beschleunigt wurde dieser Erosionsprozess durch die Arena-Sendung vom 25. Mai. Das linke Nein war dem linken Ja argumentativ weit überlegen. Da blieb nur noch eine Rettung für die Gesetze: Eine «Blocher-Pfui-Kampagne», um das linke Nein aus der Diskussion zu drängen und den hohen Prozentsatz von Zweifelnden dazu zu bewegen, gegen Blocher Ja zu stimmen. Dass mit Moritz Leuenberger ein SP-Bundesrat diese ungewöhnliche und unsägliche Kampagne gestartet, und dass dieser dafür einen Gewerkschaftskongress missbraucht hat, ist kein Zufall. Wir alle wissen, dass die

Rechnung der Militärs innerhalb der Linken aufgegangen ist. Die bundesrätlichen Auftritte vermochten mit Unterstützung der durch ihre moralische Standards berühmten Ringier-Presse die Erosion des linken Jas im letzten Moment zu stoppen. Allerdings hat es ihr die SVP mit ihren - bereits seit Wochen hängenden - Plakaten leicht gemacht.

## Links ist, wo das Herz schlägt

Schliesslich hat nur etwa die Hälfte der Linken dieses Landes Nein gestimmt. Wo das Herzblut geflossen ist, lässt sich aus dem Spendenfluss lesen. Für das linke Ja gab es (abgesehen vom zuerst verheimlichten UBS-Sponsoring) praktisch keine Spenden. Für das linke Nein machten 1500 Personen etwa 200000 Franken locker. Links ist, wo das Herz schlägt. Und nicht dort, wo die UBS spendet und auch nicht dort, wo Genosse Moritz heuchelt.

## Ideologischer und materialistischer Nationalgoismus

Was schafft der Dritten Welt die grösseren Probleme: der ideologische Nationalismus der helvetischen Nationalkonservativen? Oder der materielle Nationalgoismus der Schweizer Grossbanken? Die GSoA hat mit den Nationalkonservativen – ausser den beiden Nein-Parolen – nichts gemeinsam. Die SPS hingegen hat sich von den Nationalegoisten sponsorn lassen und das mit einem «gemeinsamen Interesse» begründet.

Tatsächlich gibt es ein gemeinsames Interesse von Bankgeheimnis und Auslandeinsätzen. Das Bankgeheimnis macht die Armen noch ärmer, weil es Geld, das armen Ländern gehört, in die reiche Schweiz lockt. Armut wiederum erhöht die soziale Unrast und verstärkt die Wanderungsbewegungen. Vor allem gegen soziale Unruhen und gegen «unkontrollierte Migrationen» hat sich die Nato aus einem Defensivbündnis in ein Offensivbündnis verwandelt. Das Schweizer Grosskapital, das von einer ungerechten Weltordnung profitiert, fühlt sich gegenüber der wichtigsten Ordnungsmacht zu einer gewissen «Solidarität» verpflichtet. Das neue Militärgesetz ermöglicht es der Schweizer Armee, gemeinsam mit der Nato Kriegseinsätze zur Erhaltung der schönen neuen Weltordnung durchzuführen. Allerdings engen das knappe Resultat und die Beteuerungen, es ginge bloss um den Selbstschutz, die Armee für die nächste Zeit ein.

Da bleibt nur zu hoffen, dass die SPS, die früher mal gegen das Bankgeheimnis eine Initiative gemacht hat, rechtzeitig wieder herausfindet, mit wem und gegen wen sie in der Schweiz und in der Welt «gemeinsame Interessen» hat. Die Tatsache, dass die Mehrheit der SP-Nationalrätinnen und Nationalräte für eine Schweiz ohne Armee gestimmt haben, zeigt, dass diese Hoffnung nicht grundlos ist.



# Der Sieg gegen die Majorz-Dampfwalze

Die Diskussion über das Wahlverfahren der Behörden hat 1992 begonnen. Von insgesamt drei Abstimmungen zu diesem Thema kommt der letzten besondere Bedeutung zu, weil die Majorz-Befürworter nun für längere Zeit auf weitere Kraftproben verzichten dürften.

Von Rosemarie Fährdrich Burger,  
Kantonsrätin Frische Brise, Steinhausen  
Illustration Melk Thalmann

Nach den Wahlen von 1998 reichten der damalige Kantonsrat Markus Frigo und MitunterzeichnerInnen erneut eine Motion zur Änderung des Wahlverfahrens ein, die 1999 erheblich erklärt wurde. Im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 10. Juni 2001 trafen sich Anfang Januar 2001 Vertreterinnen und Vertreter der linken und der bürgerlichen Majorz-Gegnerschaft, um den bevorstehenden Abstimmungskampf zu besprechen. Den Beteiligten war klar,

dass das linke und das bürgerliche Lager getrennt auftreten würden. Die Arbeit konnte beginnen.

Ziel des linken Komitees war, einen professionellen Abstimmungskampf zu führen. Deshalb wurde Hermann Strittmatter, prominenter Polit-Coach, beigezogen. Mit viel Kleinarbeit und Engagement wurde eine überzeugende und für die Alternativen lebenswichtige Kampagne vorbereitet. Ein entscheidendes Merkmal dieses Abstimmungskampfes war, die Argumente sachlich und fair darzustellen, ohne die Gegenpartei anzugreifen.

## Sieg des Proporz-Wahlsystems

Am 10. Juni hat sich das Zuger Stimmvolk bei einer Stimmbeteiligung von 48,6% mit 538 Stimmen Unterschied, d.h. mit 49,14% Ja gegen die Einführung des Majorzes bei Regierungs- und Gemeinderatswahlen ausgesprochen. Allerdings hatte niemand erwartet, dass die Stimmenden zwischen Exekutive und Gerichten unterschiedlich entscheiden würden. So müssen die Wahlen für Richterinnen und Richter künftig im Majorz-



Wahlverfahren stattfinden. 624 mehr Ja-Stimmen oder 51% führten zu diesem Resultat.

Seit je her betrachtet die zugerische Linke den Proporz als Lebensnerv. Im Abstimmungskampf wurde zu Recht immer wieder darauf hingewiesen, dass der Proporz für die kleinen alternativen Gruppierungen, für Frauen ohne Lobby, für junge Erwachsene und Neuzugezogene ein wesentliches Element ist, sich politisch zu engagieren. Die sachliche Auseinandersetzung zeigt, dass die zugerische Politik, vor allem auf Gemeindeebene und notabene auch im Kantonsrat, durch ein enormes politisches Engagement der alternativen Gruppierungen gekennzeichnet ist.

### Kurzinterview zum künftigen Majorz-Wahlverfahren für Mitglieder an den Gerichten

Felix Gysi ist Mitglied des Verwaltungsgeschichtes und als Vertreter der SGA vom künftigen Majorz-Wahlverfahren an den Gerichten besonders betroffen.

**Bulletin:** Felix, was bedeutet der Abstimmungsausgang für dich persönlich?

**Felix Gysi:** Für fünfeinhalb Jahre bin ich noch gewählt, dann werde ich mich wohl wieder vermehrt meinem angestammten Beruf als Rechtsanwalt zuwenden müssen.

**Bulletin:** Ab 2006 werden die Richterinnen und Richter durch Volkswahl im Majorz gewählt. Was bedeutet dies?

**Felix Gysi:** Bei Majorz-Wahlen sind die Chancen für Kandidatinnen und Kandidaten kleiner Gruppierungen eher gering. Auf den freiwillig gewährten Proporz der grossen bürgerlichen Parteien darf man sich nicht verlassen. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass auch 2006 wieder stille Wahlen erfolgen werden. Die Gruppierung, welche in der Vergangenheit mit Kampfwahlen drohte, gehört zur Zeit noch zu denen, deren Chancen im Majorz-Wahlsystem eher tief sind; sie hat zudem zwei-

schzeitlich auch einen Besitzstand zu wahren.

**Bulletin:** Warum hat das Stimmvolk beim Wahlverfahren für die Gerichte nicht gleich entschieden wie für die Exekutive?

**Felix Gysi:** Meines Erachtens spielte hier der Zufall. Ich glaube, dass weder Majorz-Befürwortende noch Gegner diesen Ausgang der Abstimmung als besonders glücklich einschätzen. Mir stellt sich zudem die Frage, welchen Einfluss diese Abstimmung auf die Wählbarkeitsvoraussetzungen für Richterinnen und Richter haben wird.

# Galvanik: Offen, Aperto, Ouvert !

Offen und hell lädt die wieder eröffnete Galvanik zum Verweilen, Leute treffen, fein essen, Kultur erleben.  
Den Alltag gibt man an der Garderobe ab.



Mit einem originellen Geschenk überraschte die fast vollständig anwesende Fraktion SGA/Parteilose den Präsidenten der IGGZ, Aldo Caviezel. Marianne Zehnder und Martin Stuber überreichten der IGGZ und dem Fluxus-Team ein Bergseil, um die «Gratwanderung, auf welchem sich die Galvanik befindet, absichern zu helfen». Drei Karabinerhaken sollen den Support durch gemeindliche, kantonale und private Gremien symbolisieren.



Ob Regensontag oder lauer Sommerabend die Galvanik ist ein wunderbarer Ort



# Der Zug als Alternative zum Flug

Spätestens nach der vor einiger Zeit erfolgten Änderung der Flugrouten ist auch die Bevölkerung unseres Kantons Zug mit dem Fluglärm direkt konfrontiert – einige Jets lärmen nun auch über unseren Kanton hinweg. Wenn das Flugregime unter dem berechtigten Druck von Deutschland und anderer Kantone nochmals völlig überarbeitet werden muss, könnten wir das empfindlich zu hören bekommen. Es gäbe aber eine andere Lösung, die das Problem an der Wurzel anpackt. Der den verkehrsinteressierten ZugerInnen nicht ganz unbekanntes Verkehrsplaner Paul Stopper nennt sie.

Von Paul Stopper,  
Verkehrsplaner, Uster\*

Der Luftverkehr wird im Raum Zürich zum offensichtlichen Problem. Für Reisen in Europa muss der Zug gefördert werden. Mit dem Verhandlungsergebnis zwischen Bundespräsident Moritz Leuenberger und dem deutschen Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Kurt Bodewig, über die Verteilung des Fluglärms sind die Auswirkungen des überbordenden Flugverkehrs von vielen Bewohnerinnen und Bewohnern des Kantons Zürich und auch von Nachbarkantonen wahrgenommen worden, die bis heute davon noch nicht betroffen waren. Der weitere Ausbau des Flughafens Zürich-Kloten ist damit zum offensichtlichen Problem geworden, wie die Diskussionen und Proteste weiterer Bevölkerungskreise deutlich zeigen.

Die Grenzen des Luftverkehrs scheinen heute viel eher erkannt zu werden als auch schon. Es sind deshalb realistische Alternativen zu fördern. Die weitaus



wichtigste ist die Verlagerung des Kurzstreckenflugverkehrs auf die Schiene. Dabei hapert es sowohl bei den Ideen als auch bei den Mitteln. So wie der Kanton Zürich mit dem Flughafen ausbau den internationalen Flugverkehr fördert, wäre es seine Pflicht, sich künftig auch am Ausbau des Schienennetzes zu beteiligen, selbst wenn sich die Ausbauten nicht auf seinem Territorium befinden.

## 47 Prozent unter 700 Kilometern

Die Analyse des Flugverkehrs von Zürich-Kloten zeigt folgendes Bild:

70 Prozent der Flugpassagiere von und nach Zürich-Kloten haben Ziele in Europa. 44 Prozent von diesen liegen näher als 700 Kilometer von Zürich-Kloten entfernt (Belgien, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien).

85 Prozent der Herkunft und der Endziele der Flugbewegungen in Kloten wickeln sich innerhalb von Europa ab, über 47 Prozent sind Flüge von weniger als 700 Kilometer Länge. 600-700 Kilometer sind Distanzen, die mit der Bahn -

sofern sie auf höhere Geschwindigkeit ausgebaut wird - bequem und innert nützlicher Frist zurückgelegt werden können; das heisst in drei bis vier Stunden von Stadtmitte zu Stadtmitte.

Mit der Umlagerung des Kurzstreckenluftverkehrs auf die Schiene können die Lärm- und Luftprobleme wesentlich verringert werden. Eine Steigerung des Passagieraufkommens des Flughafens Zürich-Kloten von derzeit 21 Millionen auf künftig 23 Millionen im Jahr 2005 ist unsinnig und vom Energieaufwand her unverantwortlich (Treibhauseffekt, CO<sub>2</sub>-Ausstoss, Ozonloch).

Das heutige Angebot der Bahnen in die benachbarten grossen Städte in Deutschland und Frankreich ist derzeit alles andere als attraktiv. Nach Stuttgart existiert nicht einmal ein regelmässiger Zweistundentakt, nach München sind pro Tag exakt vier Verbindungen vorhanden, und nach Paris ist der Fahrplan noch dünner.

Nach Strassburg zum Beispiel existieren keine umsteigefreien Bahnverbindungen, und die noch vorhandenen direkten Züge nach Brüssel sollen dem-



nächst ganz aus dem Fahrplan gestrichen werden. Bahnreisende nach Prag dürfen sich in München eine volle Stunde im stillstehenden Zug verweilen (WC benutzen verboten!). Fazit: Das Potenzial wäre riesig, aber die heutigen internationalen Bahnverbindungen sind keine Alternative zum attraktiven Flugverkehr.

#### **Stündlich nach München und Paris**

Als Erstes sind auf dem bestehenden Schienennetz die Fahrpläne in die Nachbarländer auf den Stundentakt zu verdichten, neue Direktverbindungen einzurichten und unsinnige Wartezeiten abzubauen. Als Nächstes sind die Geschwindigkeiten auf den Bahnlinien durch Streckenkorrekturen, Ausbauten und Streckenneubauten erheblich zu erhöhen, um die Reisezeiten verkürzen zu können.

Die schweizerische Verkehrspolitik ist nun gefordert. Sie muss sich mit allen Mitteln für die sofortige Verbesserung des internationalen Bahnverkehrs einsetzen. Und da ist auch der Kanton

Zürich als «belärmter» Kanton gefordert: Er muss die Führungsrolle übernehmen und dafür auch massiv Geld einsetzen. Ebenfalls betroffene Nachbarkantone können und sollen durchaus miteinbezogen werden.

Beim nationalen und internationalen Eisenbahnverkehr hat sich der Kanton Zürich anders als beim Luftverkehr bis heute finanziell nur marginal beteiligt - nämlich einzig beim Bau des SBB-Flughafenbahnhofes mit rund 19 Millionen Franken.

Seither ist vom Kanton Zürich keine aktive Förderung des nationalen und internationalen Bahnverkehrs mehr erfolgt. Nur mit verbalen Forderungen an den Bund und an die französischen Behörden zur Verbesserung der Bahnverbindungen und für den Ausbau der Schieneninfrastruktur allein - wie sie der Regierungsrat im Oktober 2000 bezüglich des TGV-Anschlusses nach Frankreich erhoben hat - ist es nicht getan. Wenn etwas Substantielles erreicht werden soll, ist ein finanzielles Engagement des Wirtschaftskantons Zürich und al-

lenfalls der betroffenen Nachbarkantone erforderlich.

\* Erstpublikation des Artikels in der Tribüne des Zürcher Lokalteils des Tages-Anzeigers vom 31.5.2001. Publikation der leicht überarbeiteten und ergänzten Fassung im BULLETIN mit freundlicher Genehmigung des Autors.

#### **Der TGV wirkt!**

Der mit grossem Einsatz vorangetriebene Auf- und Ausbau des Hochgeschwindigkeits-TGV-Netzes (TGV = Train à Grande Vitesse) in Frankreich zeigt, wohin die Reise gehen muss. Seit kurzem lassen zum Beispiel die American Airlines ihre Passagiere mit den Zielen Lille, Lyon und Nantes nicht mehr mit Regionalfliegern ab Flughafen Paris weiterreisen, sondern per TGV.

# ORANGE gibt Gas, die SGA auch!



Wohl beeindruckt von der Einsprachenflut in Oberwil und unter dem parlamentarischen Druck der Fraktion SGA/Parteilose hat sich der Zuger Stadtrat einen Ruck gegeben und weitere Bewilligungen ausgesetzt, bis das von ihm bestellte Konzept für ein optimiertes Funknetz auf städtischem Boden vorliegt. Aber nicht lange - er hat die Rechnung ohne ORANGE gemacht – dem aggressivsten der drei Operator.

Von Martin Stuber,  
SGA-Gemeinderat, Zug

Wie es wohl dem FDP-Stadtpäsidenten Luchsinger zu Mute war in dieser Gemeinderatssitzung? Parteikollege und Gemeinderat Ulrich Straub wollte seine Motion zur förderlichen Behandlung von Baugesuchen für Mobilfunkantennen für dringlich erklären lassen. Darin wäre der Stadtrat nicht nur zur sofortigen Wiederaufnahme der Bewilligungsverfahren gezwungen worden, sondern hätte auch vom Vertrag mit der Firma ComSite zurück treten müssen, welche den Auftrag für eine «neutrale Überprüfung der Funknetzplanung der Stadt Zug» erhalten hatte. Ein Auftrag notabene, der in der finanziellen Kompetenz des Stadtrates lag und zu diesem Zeitpunkt schon längst unterschrieben war.

Straubs Antrag auf Dringlichkeit scheiterte kläglich. Der Antrag machte nur gerade 9 Stimmen – eine 2/3-Mehrheit wäre nötig gewesen. Zur Erinnerung: Der GGR zählt 40 Mitglieder, davon entfallen alleine auf die FDP-Fraktion 15 Leute. Aber der Hauptgrund dafür dürfte in der Erklärung des Stadtrates gelegen haben, welcher sich bereit erklärte, das Bewilligungsverfahren wieder aufzunehmen und nicht auf den optimalen Funknetzplan zu warten.

ORANGE-Anwalt Martin Neese findet einen Hand(y)langer

Luchsingers Ärger an dieser Sitzung war nachvollziehbar. Parteikollege Straub hatte ohne vorheriges Gespräch mit ihm seinen Vorstoss eingereicht und dies nicht nur aus eigenem Antrieb. Wie Recherchen des BULLETINS ergaben, steckt hinter dem Vorstoss, der übrigens auch noch von SVP-Fraktionschef Uttinger unterschrieben worden ist, der Anwalt von ORANGE, Martin Neese.

ORANGE steht unter Druck, möchte aus strategischen Gründen so schnell wie möglich eine eigene Antenneninfrastruktur aufbauen (von Gesetzes wegen wären die anderen Mobilfunknetz-Betreiber verpflichtet, ihre Antennen mit ORANGE zu teilen) und ist als «Letztgeborener» nun das Hauptziel der in der Bevölkerung massiv gewachsenen Skepsis gegenüber Mobilfunk-Antennen. Alleine in Oberwil hagelte es Einsprachen von 400 Bewohnerinnen und Bewohnern gegen die geplante ORANGE-Antenne auf dem Leimatt-Hochhaus – im Volksmund Toblerone-Blöcke genannt (Leitspruch der GegnerInnen: Tobler«ohne»).

## Wettbewerb verhindert Transparenz

Eine neutrale, optimierte Funknetzplanung ist ORANGE zum jetzigen Zeitpunkt offenbar ein Dorn im Auge. Was wir im letzten BULLETIN zu diesem Thema geschrieben haben, erweist sich nun als richtig. ORANGE möchte offensichtlich so viel Übertragungskapazität mit eigenen Antennen wie möglich und so schnell wie möglich realisieren. Es geht um viel Geld, da stört offenbar eine Firma, die sich als Standortanbieter und Funknetzplaner zwischen «Sender» und «Empfänger» schieben möchte.

Gefragt ist nicht ein strahlungsoptimiertes, die bestehende Infrastruktur optimal nutzendes Mobilfunknetz, son-

dern möglichst viel eigene Kapazität. Das gilt übrigens auch für Swisscom und Sunrise. Alle drei sind sie nicht bereit, ComSite die nötigen Unterlagen über die derzeitigen real genutzten Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Das sind «strategische» Daten. Der Wettbewerb verhindert Transparenz in einem Bereich, wo sie unbedingt nötig wäre.

## Wie wird die Strahlung gemessen?

Diese Vorkommnisse werfen ein Licht auf das, was noch kommen wird, wenn es darum geht, die Einhaltung der NISV-Strahlungswerte zu kontrollieren. Ein heisses Eisen, wie es sich beispielsweise nun im Kanton Zürich abzeichnet. Dort hat sich gezeigt, dass bei Stichproben ein Drittel der Antennen mit höherer Leistung sendet, als im Standortdatenblatt angegeben. Auf diesem Datenblatt basiert die Baubewilligung für die Antenne.

Nun hat das BUWAL vor kurzem bekanntgegeben, dass es die Einhaltung der NISV-Werte realitätsnah kontrollieren will, nämlich mit Messungen dort, wo die schwach elektromagnetische Strahlung tatsächlich wirkt – in Wohnungen und Büros, genau nach NISV-Vorgaben. Die Mobilfunkbetreiber schreien nun Zeter Mordio, weil dies in der Realität einer Grenzwert-Verschärfung gegenüber der bisher als Bewilligungsgrundlage dienenden Antennenleistung gleichkommt (vgl. z.B. CASH Nr. 23 vom 8. Juni 2001). Wie der Fight ausgehen wird, dürfte angesichts der Markt- und Wettbewerbsgläubigkeit des zuständigen Bundesrates Moritz Leuenberger absehbar sein.

Das wird uns nicht davon abhalten, weiterhin eine an der Gesundheit und Lebensqualität orientierte Politik in dieser Frage zu betreiben. Handlangerdienste für Mobilfunkkonzerne überlassen wir gerne bürgerlichen Parlamentariern wie Straub und Uttinger.

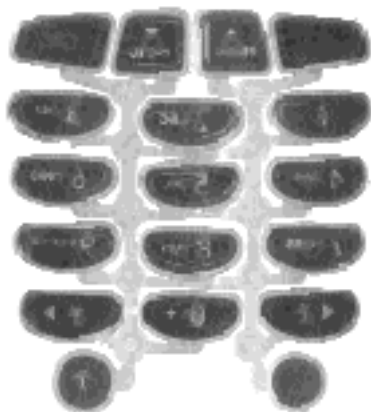


# Die SGA und der Mobilfunk



Im Zusammenhang mit dem umstrittenen Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur hat sich der Vorstand der SGA mit grundsätzlichen Fragen rund um dieses Thema beschäftigt und am 11. Juni ein Grundsatzpapier verabschiedet. Nachfolgend eine gekürzte Fassung mit den drei Grundsätzen. Der ganze Inhalt ist im Internet unter <http://www.sga-zug.ch/elektrosmog/grundsatzpapier.html> zu finden.

Vorstand der SGA Kanton Zug



Die SGA ist nicht technikfeindlich, im Gegenteil. Aber die Technik hat sich in den Dienst der Menschen zu stellen. Zudem müssen die mit der jeweiligen Technik verbundenen negativen Auswirkungen so weit als möglich unterbunden werden. [...]

## Drei Grundsätze

### 1. Risiken noch unklar

Mit der NISV<sup>1)</sup> gibt der Bundesrat direkt zu, dass ernstzunehmende gesundheitliche Risiken mit der schwachen elek-

tromagnetischen Strahlung verbunden sind. Das Besondere daran ist, dass die Zusammenhänge mit den heute gängigen wissenschaftlichen Methoden nur schwierig zu untersuchen sind und der exakte, «objektive», direkte Beweis der gesundheitlichen Beeinträchtigung umstritten ist. Zusätzlich erschwerend wirkt das massive wirtschaftliche Interesse der Mobilfunkbetreiber, die ihre Investitionen und Profitaussichten gefährdet sehen durch allfällige negative Untersuchungsergebnisse.

[...]

Die SGA fordert ein Moratorium beim weiteren Ausbau der Mobilfunkinfrastrukturkapazitäten, bis gesicherte Erkenntnisse bezüglich gesundheitlicher Auswirkungen von schwach elektromagnetischer Strahlung vorliegen. Eine Optimierung der bestehenden Antennen-Infrastruktur bezüglich Abstrahlung befürworten wir.

Eine Informationskampagne soll zudem die Bevölkerung über die Problematik anderer nichtionisierender Strahlungsquellen (z.B. DECT-Haustelefone, SBB-Fahrleitungen etc.) aufklären und Verhaltenshinweise geben.

### 2. Profitsuche statt effektiver Nutzen als treibender Motor

Der Mobilfunk bietet mit seinen neuen Möglichkeiten der Kommunikation zweifellos eine ganze Reihe von sinnvollen Anwendungen, welche für die ganze Gesellschaft und auch ökonomisch Vorteile bringen. Wir denken zum Beispiel an das Rettungswesen, kostengünstige Erschliessung schwach besiedelter Gebiete, auf Mobilität beruhende geschäftliche sowie organisatorische Tätigkeiten und anderes mehr. Es waren diese realen Vorteile, welche anfänglich den Aufbau eines Mobilfunknetzes ohne grundsätzlichen Hinterfragen vorantrieben.

In der Zwischenzeit besteht eine neue Situation. Die Liberalisierung des Tele-

kommunikationsbereiches und damit verbunden auch die neue Ausrichtung der Swisscom machten die Profitsuche zum Hauptmotor der Entwicklung des Mobilfunknetzes.

[...]

Statt die Nachfrage künstlich und mit allen denkbaren Mitteln zu erzeugen, plädiert die SGA für eine zurückhaltende Nutzung dieser neuen Technologie.

Es kann heute wohl zu Recht die Aussage gemacht werden, dass im Kanton Zug für die sinnvollen Anwendungen genügend Mobilfunkkapazität besteht. Die SGA sieht für die nächsten Jahre keinen objektiv zwingenden Bedarf nach einem Ausbau der Mobilfunkkapazitäten.

### 3. Priorität auf Breitbandtechnologien

Profit als treibender Motor heisst auch, dass nicht die vorhandenen Bedürfnisse der Menschen ausschlaggebend sind, sondern neue geweckt werden müssen. Bester Beweis sind die neuen Übertragungsstandards, welche den Datenverkehr via Mobilfunk ermöglichen. Niemand weiss heute, ob UMTS<sup>2)</sup> je ein Erfolg werden wird. Trotzdem werden Milliarden in diese neue Technologie investiert, soll das Land mit einer komplett neuen Antennen-Infrastruktur überzogen werden (die Rede ist von 12000 alleine für die Schweiz).

[...]

Kaum ein Land auf dieser Welt verfügt über eine bessere Festnetz-Infrastruktur als die Schweiz. Dies trifft auf den Kanton Zug sogar ganz speziell zu. Eine bessere und effizientere Nutzung dieses Festnetzes erscheint uns zum heutigen Zeitpunkt ökonomisch viel sinnvoller als die riesigen Investitionen in das Mobilfunknetz. Mit ADSL<sup>3)</sup> in jedem Büro und Haushalt hier und heute zu tiefen Preisen wäre dem Wirtschaftsstandort Zug sowie den ständig wachsenden Online-Kommunikationsbedürfnissen viel besser gedient.



Die SGA fordert den Bund und die Telekommunikationsfirmen auf, die Priorität auf vorhandene, kostengünstige Breitbandtechnologien zu legen.

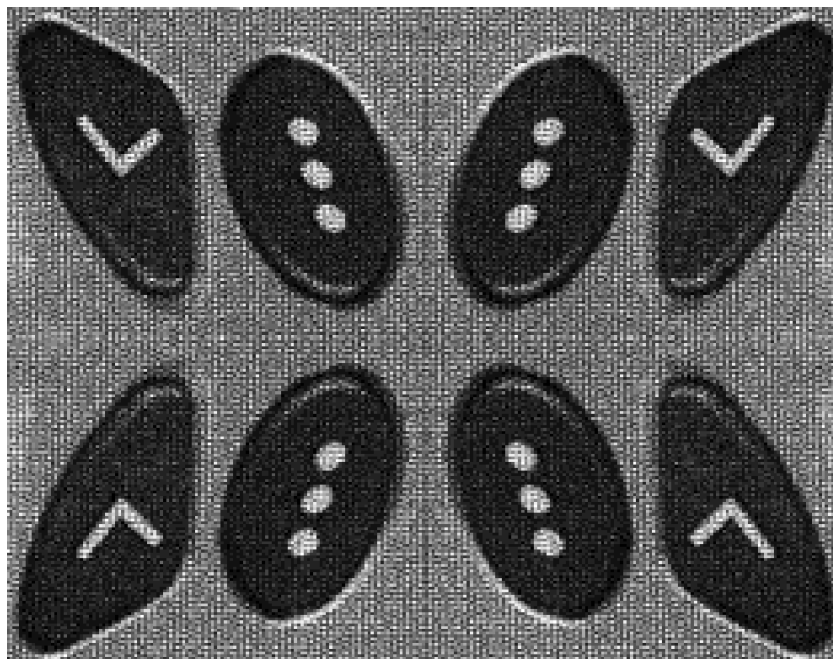
<sup>1)</sup> NISV = Verordnung über nichtionisierende Strahlung

<sup>2)</sup> UMTS = Funkstandard optimiert für Datenübertragung statt Sprachübertragung

<sup>3)</sup> ADSL = Asymmetrical Digital Subscriber Line, permanente Online-Verbindung mit x-facher Übertragungsrates im Vergleich zu normaler Telefonleitung oder ISDN, nutzt die bestehenden Telefon-Kupferkabel, ohne den Telefonbetrieb zu beeinträchtigen.

• BAKOM = Bundesamt für Kommunikation

• Operator = Mobilfunknetz-Betreiber (Swisscom, Sunrise, ORANGE, neu die spanische Telefonica)



### Kündigung des ORANGE-Vertrages für die Herti-Antenne

Frust im Hertiquartier wegen der ORANGE-Antenne. Die Fraktion SGA/Parteilose hat reagiert und am 15. Mai eine Motion eingereicht, die wir nachstehend dokumentieren.

**Motion:** Kündigung des Vertrages bezüglich Mobilfunkanlage der ORANGE beim Herti-Fussballstadion. Der Stadtrat wird beauftragt, den Vertrag mit der ORANGE Communications AG betreffend Mobilfunkanlage beim Fussballstadion Herti-Allmend auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen.

**Begründung:** In seiner Antwort auf unsere Interpellation Mobilfunkantenne Huwylerturm vom 13.3.2001 informierte der Stadtrat, dass der Vertrag mit der ORANGE Communications AG auf fünf Jahre befristet sei. Leider entspricht dies

nicht den Tatsachen. Der Vertrag sieht nämlich eine Laufdauer von zehn Jahren vor. Zudem hat ORANGE das Recht, den Vertrag zweimal um fünf Jahre zu verlängern. Gemäss Auffassungen eines im Mietrecht kompetenten Juristen enthält der Vertrag zudem mehrere für die Stadt ungünstige und eher ungewöhnliche Bestimmungen. Er basiert zudem auf einem Mustervertrag von ORANGE. Es erscheint wenig verständlich, dass die Stadt einen Vertrag mit derartigen Konditionen und zu so einem tiefen Mietpreis (nur 4000 Franken jährlich) abgeschlossen hat.

Hingegen gibt es eine Klausel im Vertrag, die der Stadt die Möglichkeit gibt, ihn zu kündigen. Hier ist der städtische Rechtsdienst gefordert!

Die Bewilligung für diese Anlage auf städtischem Boden wurde trotz massivem Widerstand aus dem betroffenen Quartier erteilt. Demgegenüber wurde der ORANGE am 29. Dezember 2000

mitgeteilt, dass der Stadtrat die Zustimmung zur Mobilfunkanlage im Huwylerturm als Grundeigentümerin auf Grund einer Neuüberprüfung zurückzieht.

Es ist mehr als verständlich, dass im Hertiquartier über diese Ungleichbehandlung grosser Unmut herrscht. Die Begründung für die Bewilligungserteilung in der Herti, die ausserhalb der Sitzung aus den Reihen des Stadtrates zu hören war, ist vorsichtig formuliert fragwürdig: Im Herti sei der Standort beim Sportplatz weniger problematisch gewesen als der Alternativstandort auf privatem Grund.

Auch für die nichtbewilligte Antenne beim Huwylerturm wird ORANGE nun wohl eine private Alternative suchen müssen...

Im Sinne einer Gleichbehandlung der Quartiere ist der besagte Vertrag auf den rechtlich frühestmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.

# Integration, nicht multikulti Fastfood

Weit übers Verkaufen von Döner hinaus geht das Programm der interkulturellen Projektwoche, die vom 10. bis 15. September 2001 im Burgbadsaal stattfindet. Weit übers Essen von Döner hinaus muss auch eine ernsthafte Beschäftigung mit Integration gehen.

Von Gisela Hürlimann,  
Präsidentin Integrationsnetz, Zug

Zuerst möchte ich für die Ausstellung und um eure Mithilfe in einem interkulturellen, manchmal wunderbaren, nicht immer einfachen immer spannenden Team, das eine grosse Arbeit leistet, werben. Dass unser Einsatz ehrenamtlich erfolgt, muss im Uno-Jahr der Freiwilligenarbeit, wo jeder Kegelclub zu Ehren kommt, wohl nicht mehr betont werden.

Oder doch? Über die Selbstverständlichkeit ehrenamtlicher Tätigkeit im Bereich der sogenannten AusländerInnen-Integration gehen die Meinungen nämlich auseinander. Während von den MigrantInnen unentgeltliche oder nur symbolisch entgeltete Einsätze als Dolmetscherinnen oder Kursleiter erwartet werden, eröffnen sich für SchweizerInnen aus dem Sozialarbeitsbereich ganz neue Karriereperspektiven. Wer kann mir auch nur eine Handvoll MigrantInnen als Chefs oder Expertinnen in all den Integrationsbüros und Hilfswerksabteilungen nennen? Eben. Deshalb braucht es kritische Basisorganisationen, in welchen MigrantInnen nicht einfach als Betreuungsobjekte gelten, für deren Integration Mann und Frau bezahlt wird.

## Nicht nur nett

«Grünlinksnetze», werdet (selbst)kritischer nicht nur in Bezug auf eure Rolle im Zusammenarbeiten mit MigrantInnen, sondern auch punkto Tabuisierung

von Ausländern und Gewalt. Ein Beispiel unter mehreren: Ein dunkelhäutiges Integrationsnetz-Mitglied wartet auf dem Parkplatz vor unserem temporären Büro. Plötzlich wird er von zwei Hausbewohnern, MigrantInnen auch sie, körperlich bedroht und beschimpft, er solle «abfahren». Fehlende Empathie ist also kein Privileg der Einheimischen: Auch wenn einer erleidet, wie man ihm «Drecksjugo» austeilt, muss ihn das noch nicht davon abhalten, einen anderen mit «Sautamil» zu betiteln.

## Bildung spielt eine Rolle

Das gewalttätige Potenzial von manchen MigrantInnen – meistens sind wie bei den Einheimischen auch, jüngere Männer – nicht einfach als SVP-Diskurs abzutun, sondern sich damit auseinander zu setzen, heisst auch, die betreffenden MigrantInnen und die Gründe für ihr desintegrierendes Verhalten ernst zu nehmen. Man wird dabei feststellen, dass Schichtzugehörigkeit und Bildung eine wesentliche Rolle spielen. Und für den «kulturspezifischen» Rest muss man sich vielleicht von gut gemeinten, aber wirkungslosen Appellen verabschieden und stattdessen mit integren MediatorInnen zusammenarbeiten, die ein kritisch-solidarisches Verhältnis sowohl zu ihren Landsleuten wie auch zur restlichen Bevölkerung pflegen.

Das schweizerische Entgegenkommen muss darin bestehen, dass man AusländerInnen als Menschen mit gleichem Recht auf Verwirklichung in Bildung, Beruf und Alltag wahrnimmt und Politik, Gesetze und Integrationsmassnahmen dieser emanzipatorischen Perspektive anpasst.

## «Integration heisst Kultur! September 01»

Fixpunkt der interkulturellen Projektwoche ist eine Ausstellung, die mit Text, Ton und Bild Hintergrundinformatio-

nen zum Leben von MigrantInnen im Kanton Zug bietet. Dazu kommt ein täglich wechselndes Schwerpunktprogramm mit Inszenierungen, Diskussionen und Filmen.

## Interkulturelle Projektwoche

**Montag 10.9.:** «heisst integration ch-kultur? heisses eisen einbürgerung»; Apéro, Film und Diskussion.

**Dienstag 11.9.:** «integration heisst wohnkultur und esskultur!» und «integration und generationenkultur».

**Mittwoch 12.9.:** «integration heisst bildungskultur - integration statt gewaltkultur!» und «integration heisst spielkultur».

**Donnerstag 13.9.:** «integration heisst arbeitskultur» und «integration spielt eine rolle: frauen und männer».

**Freitag 14.9.:** «integration heisst gesundheitskultur!».

**Samstag 15.9.:** «integration heisst fest & kultur!».

Während der Projektwoche veranstalten wir auch einen Fotowettbewerb.

Es werden noch Leute gesucht, die gestalten und zupacken können!

Infos bei: [gihuerlimann@yahoo.com](mailto:gihuerlimann@yahoo.com),  
Tel: 361 22 74.

Oder schreiben an: Integrationsnetz  
Zug, Postfach 2325, 6301 Zug.

# Jetzt fehlt nur noch die Schiffsprüfung!

Ursi Christen ist manchen LeserInnen wohl noch als initiative Gärtnerin der Psychi Oberwil in Erinnerung.

Inzwischen hat sie den Spaten gegen das ZVB-Steuerrad eingetauscht. Und erzählt uns, was sie auf dem Zuger Busnetz so erlebt.

Interview und Bilder Gisela Hürlimann

Als ich Ursi kennenlernte, war sie meistens auf vier Rädern unterwegs, wenn nicht gerade am Wandern. Für ihre zeitweilige Tätigkeit als Saatguthändlerin war sie es gewohnt, weite Strecken im PW zurückzulegen und es ist gut möglich, dass wir uns übers Autofahren auch schon mal stritten. In den letzten paar Jahren entdeckte Ursi jedoch den öffentlichen Verkehr und begeisterte sich regelrecht dafür. Als sie sich aus gesundheitlichen Gründen dazu gezwungen

sah, auf eine körperlich leichtere Arbeit umzustellen, packte sie die Gelegenheit und meldete sich bei den ZVB. Nacheinander absolvierte sie die Taxi-, Lastwagen- und Busprüfung und bekam das Feuerwehrauto-Billett geschenkt, so dass ihr zur Fortbewegung im Kanton Zug nur noch die Schiffsprüfung fehlt, wie sie lachend sagt. Seit einem Jahr kreuzt Ursi nun mit dem Bus durch den Kanton Zug. Wie nimmt sie die anderen VerkehrsteilnehmerInnen wahr?

**Ursi Christen:** Auch wenn ich euch jetzt überrasche: Mit den Autos habe ich am wenigsten Probleme, die sind meistens tolerant gegenüber dem Bus. Schwieriger ist es mit Fussgängerinnen und Velofahrern, die gedankenlos die Strasse überqueren. Die überlegen sich überhaupt nicht, dass ich tonnenweise Gewicht und viele Dutzend Passagiere sicher durch die Gegend steuern soll. Und ein bisschen mehr Rücksicht auf den Busfahrplan fände ich persönlich auch

von jenen PendlerInnen schön, die mit der grössten Gemütlichkeit vom verspäteten Zug zum Bus spazieren.

**Bulletin:** Da habt ihrs, zu Fuss gehende, Velo und Zug fahrende Bulletin-LeserInnen! Aber wir sind ja wohl nicht, die die Zuger Strassen verstopfen, oder?!

**Ursi Christen:** Nein, es gibt ganz klar zu viel Autoverkehr im Kanton Zug. Die Verbesserungen, die man durch die Busspuren erreicht hat, werden durch die jährliche Zunahme der PWs fast wieder zunichte gemacht. Manchmal gelange ich kaum auf die Busspur!

**Bulletin:** Und wie bringt man all diese AutofahrerInnen in den Bus?

**Ursi Christen:** Viele Leute haben eine Schwellenangst vor dem Umsteigen. Aber wenn man sie richtig motiviert, wie in jenem Versuch, in dem Leute eine Zeit lang freiwillig aufs Auto verzichteten und einige nachher dabei blieben, dann gibts schon ein Potenzial. Die Buskundschaft, das sind einerseits die PendlerInnen, die möglichst einfach von A nach B wollen, dann Schulkinder, Mütter mit Kinderwagen und ältere Leute, die eine Ausfahrt machen. Insgesamt sind es massiv mehr Frauen. Für Männer ergibt sich offenbar ein Imageproblem, sie wollen ein Gefährt lieber selber fahren. Dafür habe ich ein gewisses Verständnis (lacht) – ist ja auch ein Grund, weshalb ich Buschauffeuse geworden bin! Aber es gibt wirklich wenig Gründe gegen das Umsteigen, denn im Kanton Zug ist die Fahrplandichte sehr gut, viel besser als in anderen Kantonen.

**Bulletin:** Wofür braucht's dann noch eine Stadtbahn?

**Ursi Christen:** Ich fand die Stadtbahn immer eine gute Idee und eine sinnvolle Ergänzung zum Bus. Als ich zu den ZVB kam, spürte ich bei manchen Kollegen die Angst vor Konkurrenz und Arbeitsplatzverlust. Meine Meinung ist, dass die



Ursi Christen, ZVB-Chauffeuse wünscht ihren KundInnen auch schon mal schöne Ferien durchs Mikrophon.



ZVB auch profitieren, wenn man den gesamten öffentlichen Verkehr ausbaut: In Zukunft wählen jene Leute, die möglichst schnell und direkt von Cham nach Zug wollen, die Bahn und jene, die zwischendurch aussteigen wollen, den Bus. Der Bus wird so zum Zubringer der Stadtbahn und erschliesst die Quartiere. Ich hoffe, dass sich damit auch der Stress, den wir heute haben, weil wir die Züge abwarten oder rechtzeitig erreichen müssen, verringert. Allerdings befürchte ich, dass die Linienführung auf den bestehenden Gleisen nicht überall optimal ist und zum Beispiel die BewohnerInnen der Riedmatt die fünf Minuten zum See hinunter nicht unter die Füsse nehmen.

**Bulletin:** Welche Erfahrungen machst du als Buschauffeuse?

**Ursi Christen:** Ich habe oft ein sehr gutes Feedback von Kundinnen und Kunden. Die Leute sind je nach Quartier verschieden. Diejenigen, die zum Rosenberg fahren, sind sehr interessiert und scheinen Zeit zu haben. Die Leute, die an der Zuger- und Baarerstrasse ein- und aussteigen, wirken dagegen gehetzt.

**Bulletin:** Ein ausländischer Kollege dunkler Hautfarbe hatte kürzlich eine unan-

genehme Auseinandersetzung mit einem Chauffeur, weil er mangels Zeit im Bus statt am Automat sein Billett lösen wollte, was ja erlaubt ist. Wie interpretierst du das?

**Ursi Christen:** Erstens gibt sich die grosse Mehrheit meiner Kolleginnen und Kollegen alle Mühe, das Beste für die Kundschaft zu leisten. Aber es existieren ein paar wenige, die in solchen Situationen unflexibel und unfreundlich sind, und zwar gegenüber allen. Die gleichen benehmen sich dann manchmal auch fremdenfeindlich oder rassistisch. Die ZVB als Betrieb tolerieren Rassismus jedoch nicht und ich habe gehört, dass eine rassistische Haltung mit ein Grund sein kann, entlassen zu werden. Leider «wachsen» Chauffeure mit dieser Mentalität wieder nach. Das entspricht halt dem fremdenfeindlichen Bodensatz, wie er in der ganzen Gesellschaft vorkommt.

**Bulletin:** Wie wäre es, wenn die ZVB in die Offensive ginge und mehr Ausländerinnen und Ausländer anstellen würden, auch mit dem Risiko, dass sie die Ansagen auf Hochdeutsch sprechen? Schliesslich ist ja auch ein bedeutender Teil der Buskundschaft ausländisch.

**Ursi Christen:** Der Job ist halt schon

mehr, als Haltestellen ansagen. Wir sind auch Auskunftsbüros für die PassantInnen und sehr exponiert. Da muss man die Sprache schon können, sonst fühlt man sich nicht sehr wohl. Aber wenn Leute vom Ausland nur deshalb nicht eingestellt würden, weil sie selber nicht Schweizerdeutsch sprechen, dann fände ich das falsch.

**Bulletin:** Jetzt kommt noch die obligate Frauen-im-Männerberuf-Frage...

**Ursi Christen:** Das ist ähnlich wie mit dem Rassismus. In Kursen oder in der Kantine signalisierte ich von Anfang an klar, dass ich weder rassistisches noch sexistisches «Gschnorr» hören will. Und tatsächlich bleibe ich jetzt davon verschont. Aber auch Männer wehren sich gegen frauenverachtende Sprüche von Kollegen. Dieser Widerstand wird von der Unternehmensleitung auch honoriert.

**Überhaupt:** Ich wurde selten von einem Arbeitgeber so positiv überrascht. Wenn jemand offen ist und eine positive Einstellung hat zur Arbeit, dann kann er oder sie sich bei den ZVB wirklich wohl fühlen.

# Die Rolle der Gewerkschaften – Lego als Prüfstein

Die Gewerkschaften befinden sich auf einer Gratwanderung: Auf der einen Seite müssen sie gegen die Arbeitgeber mobilisieren, um den nötigen Druck zur Verbesserung des Kräfteverhältnisses zu machen. Auf der anderen Seite müssen sie mit diesen Arbeitgebern zusammensitzen, wenn sie an der Gestaltung der Arbeitsbedingungen mitwirken wollen. Für die Mobilisierungs- wie für die Mitwirkungsmöglichkeit braucht es aber aktive KollegInnen, denn ohne die Direktbetroffenen können die Gewerkschaften nicht viel machen.

Von Bruno Bollinger, Präsident Gewerkschaftsbund Zug

Angefangen hat dieser Artikel mit dem Auftrag des Bulletins, ein Interview mit Lego-Arbeitenden zu machen. Nach der Zusicherung keine Namen zu nennen, fanden wir Direktbetroffene, die dazu bereit gewesen wären. Direktbetroffene, die für anfangs Juli – die Lego Neuhaus schliesst auf Ende Juni – noch keine Stelle hatten und sich darüber ärgern, dass sie gezwungen werden, bei der Job-Börse Kurse zu besuchen, die ihnen nicht viel bringen. Unqualifizierte, die Schicht arbeiten und mit der Schichtzulage auf einen besseren Lohn kommen (die Zulagen können bis zu einem Viertel des Lohnes ausmachen).

Dann bekamen einige von ihnen das Angebot, temporär zur Lego Willisau zu gehen: zum gleichen Lohn und mit einer Wegentschädigung. Darauf sagten wir das Interview ab, denn sie hätten sich nicht mehr getraut, ihre Meinung zu sagen. An Stelle des Interviews nützen wir nun aber die Gelegenheit, um aus gewerkschaftlicher Sicht einige Überlegungen zum Fall Lego anzustellen.

## Schwacher Sozialplan

Die Lego-Verantwortlichen beteuern immer wieder, sie seien soziale Arbeitgeber und sie gingen fair mit ihren Leuten um. Ein sozialer Arbeitgeber behandelt aber seine Mitarbeitenden als mündige Menschen und scheut sich nicht, mit einer Personalvertretung und den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Im Fall einer Betriebsschliessung bedeutet dies, dass die Direktbetroffenen bei der Ausarbeitung eines Sozialplans einbezogen werden. Bei der Lego war dies nicht der Fall.

Der Lego-Sozialplan ist sehr restriktiv formuliert. Nicht alle Lego-Arbeitenden, die von der Schliessung der Baarer Werke betroffen sind, haben das Recht auf eine Abgangsentschädigung. Die Lego-Verantwortlichen versichern zwar, dass sie grosszügig damit umgehen werden. Was passiert aber, wenn jemand sich weigert, nach Willisau zu gehen?

Das gleiche gilt für die Durchhalteprämie für jene, die bis zum Schluss ihre Arbeit ausführen. Solche wichtigen Elemente eines Sozialplanes müssen klar als Anspruch für alle definiert werden und dürfen nicht vom Wohlwollen der Arbeitgeber abhängig sein. Denn es ist nicht mehr als recht, dass der bisherige Einsatz aller belohnt wird. Schliesslich können die Arbeitenden nichts dafür, dass gut funktionierende Fabriken aus kurzfristigen Profitinteressen geschlossen werden.

## Gute GAV nur mit Gewerkschaften

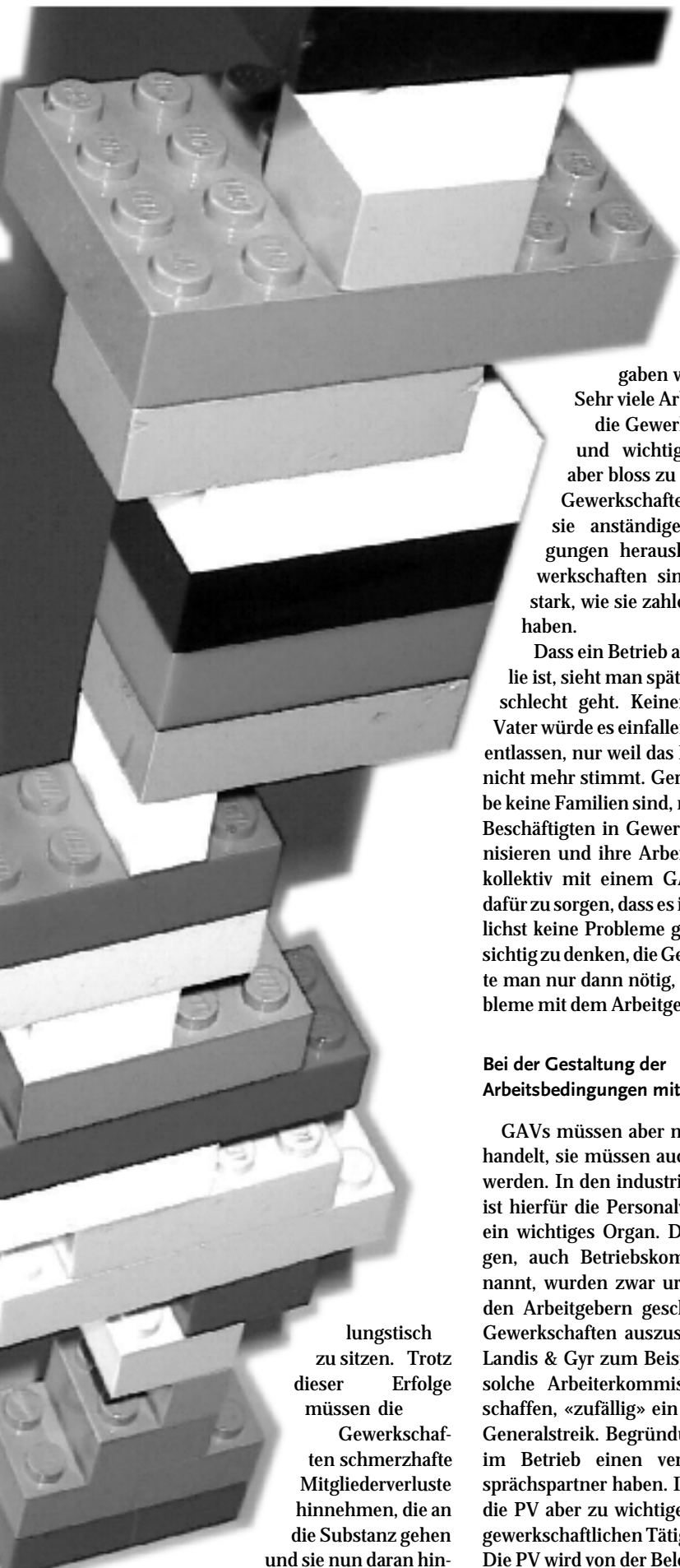
Eine gesetzliche Pflicht für einen Sozialplan gibt es zwar nicht. Die Lego hat auch keinen Gesamtarbeitsvertrag (GAV), der die Arbeitsbedingungen regelt. Die Firmenleitung war nie dazu bereit mit den Gewerkschaften zu verhandeln. GAVs sind aber die Basis jener vielgepriesenen Sozialpartnerschaft, die wir lieber Vertragspartnerschaft nennen.

GAVs verdienen nur dann diesen Namen, wenn sie mit einer betriebsunabhängigen Organisation, eben den Gewerkschaften, ausgehandelt und abgeschlossen werden. Einen GAV unterschreiben heisst denn auch, dass der Arbeitgeber die Gewerkschaft als Vertreterin der Arbeitenden anerkennt.

Die Gewerkschaft wird aber erst dann anerkannt, wenn die Arbeitenden des Betriebes sich in ihr organisieren. Denn die Gewerkschaft ist die kollektive Vertretung der Lohnabhängigen, die nicht mehr einzeln, sondern eben gemeinsam mit dem Arbeitgeber ihre Arbeitsbedingungen regeln wollen. Das von der Firmenleitung bewusst gepflegte Gefühl, die Lego sei eine Grossfamilie, hat die Arbeitenden davon abgehalten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die Gewerkschaften haben denn auch mehrmals vergeblich versucht, in der Lego Fuss zu fassen.

## Arbeitende müssen sich in Gewerkschaften organisieren

Den Gewerkschaften ist es in der Krise gelungen, die wichtigsten GAV zu verteidigen. Seit die Konjunktur wieder ansteigt, ist es auch möglich gewesen, substanzielle Lohnerhöhungen durchzusetzen und die Tiefstlöhne anzuprangern. Dazu waren einige erfolgreiche Mobilisierungen und Streiks nötig. Mittlerweile sehen wieder viele Arbeitgeber, die in der Krise gedacht hatten, sie müssten mit den Gewerkschaften nicht mehr rechnen, die Notwendigkeit ein, mit ihnen zusammen an den Verhand-



dern, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Sehr viele Arbeitende finden die Gewerkschaften nötig und wichtig. Sie schauen aber bloss zu und hoffen, die Gewerkschaften werden für sie anständige Arbeitsbedingungen herausholen. Die Gewerkschaften sind aber nur so stark, wie sie zahlende Mitglieder haben.

Dass ein Betrieb aber keine Familie ist, sieht man spätestens, wenn es schlecht geht. Keinem anständigen Vater würde es einfallen, die Kinder zu entlassen, nur weil das Familienbudget nicht mehr stimmt. Gerade weil Betriebe keine Familien sind, müssen sich die Beschäftigten in Gewerkschaften organisieren und ihre Arbeitsbedingungen kollektiv mit einem GAV regeln, um dafür zu sorgen, dass es im Betrieb möglichst keine Probleme gibt. Es ist kurz-sichtig zu denken, die Gewerkschaft hätte man nur dann nötig, wenn man Probleme mit dem Arbeitgeber hat.

#### Bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen mitwirken

GAVs müssen aber nicht nur ausgehandelt, sie müssen auch durchgesetzt werden. In den industriellen Betrieben ist hierfür die Personalvertretung (PV) ein wichtiges Organ. Diese Vertretungen, auch Betriebskommissionen genannt, wurden zwar ursprünglich von den Arbeitgebern geschaffen, um die Gewerkschaften auszuschalten. In der Landis & Gyr zum Beispiel wurde eine solche Arbeiterkommission 1919 geschaffen, «zufällig» ein Jahr nach dem Generalstreik. Begründung: Man wolle im Betrieb einen verlässlichen Gesprächspartner haben. Inzwischen sind die PV aber zu wichtigen Organen der gewerkschaftlichen Tätigkeit geworden. Die PV wird von der Belegschaft des Be-

triebes gewählt. Ihre Hauptaufgabe ist es, die Interessen dieser Belegschaft der Firmenleitung gegenüber zu vertreten. Diese Vertretungen setzen sich aber aus Leuten zusammen, die vom Betrieb abhängig sind. Darum ist es wichtig, dass die PV ihre Interessensvertretung im Rahmen eines überbetrieblichen GAV und in enger Zusammenarbeit mit der betriebsunabhängigen Gewerkschaft machen kann.

#### Keine Personalvertretung bei der Lego

Das Mitwirkungsgesetz regelt seit dem 1. Mai 1994 das Recht auf eine PV. Die Belegschaft der Lego hat dieses Recht nicht wahrgenommen und keine Personalvertretung gewählt. Das Mitwirkungsgesetz legt auch Verpflichtungen bezüglich Informations- und Mitspracherechten fest. Im Falle von Betriebsschliessungen muss die Belegschaft informiert werden, bevor der Entschluss endgültig gefällt worden ist. Dies damit die Arbeitenden Vorschläge zur Lösung des Problems machen können. Hier hat die Lego ganz klar das Mitwirkungsgesetz verletzt. Die GBI wäre bereit gewesen, die Lego dafür einzuklagen. Da aber die Lego-Arbeitenden nicht organisiert sind, hat man davon Abstand genommen, denn eine solche Klage kann nicht ohne die Direktbetroffenen gemacht werden.

Die Mitwirkung der Arbeitenden findet vor allem bei der Arbeitszeitgestaltung, bei Lohnsystemen, bei der Arbeitssicherheit und dem Gesundheitsschutz statt. Wichtig ist sie aber auch bezüglich betrieblicher Weiterbildung, denn es ist oft so, dass für Unqualifizierte wenig Weiterbildungsmöglichkeiten vorhanden sind. Im Falle der Lego ist die Qualifizierung der Ungelernten von entscheidender Bedeutung, wenn sie ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen wollen.

lungstisch zu sitzen. Trotz dieser Erfolge müssen die Gewerkschaften schmerzhaft Mitgliederverluste hinnehmen, die an die Substanz gehen und sie nun daran hin-

# «Geldwäscherei» in Sizilien

Von Hanspeter Uster

Jedes Jahr findet ein Innenminister-treffen der Alpenländer statt, dieses Jahr in Catania/Sizilien am 25. und 26. März 2001. Bundesrätin Ruth Metzler, die die Schweiz jeweils an diesem Treffen vertritt, lädt auf ihren Auslandsreisen immer eine Vertreterin oder einen Vertreter der Kantone ein, daran teilzunehmen. Deshalb konnte ich mit Ruth Metzler und ihrem Mitarbeiterstab Ende März nach Catania mitgehen. Es war eine neue Erfahrung für mich, beobachten zu können, wie eine solche internationale Konferenz abläuft, abgesehen von den touristischen Eindrücken und den inhaltlichen Diskussionen. Für die Schweiz unvorstellbar ist auch, wie die jeweilige Verschiebung der Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer vom Hotel in die Innenstadt erfolgt: Immer mit Blaulichtpatrouillen, mit hoher Geschwindigkeit und ungeachtet aller Verkehrsregeln wird der Tross durch das sizilianische Verkehrschaos gepeitscht. Im Mittelpunkt stand eine Geldwäschereierklärung der Innenminister der Alpenländer, zu der Bundesrätin Ruth Metzler wichtige inhaltliche Ergänzungen einbringen konnte.

## Die Zuger Polizei kommt

Doch der Alltag hatte mich rasch wieder; endlich geht es vorwärts mit dem Projekt Zuger Polizei, und wenn auch im Grossen Gemeinderat noch Abklärungen verlangt werden, ob die Stadt eine eigene Gemeindepolizei haben soll, bin ich optimistisch, dass die «Zuger Polizei» kommt. Ich bin aber auch inhaltlich überzeugt, dass die Zusammenlegung von Kantonspolizei und Stadtpolizei den Sicherheitsstandard auch in der Stadt Zug nicht nur halten, sondern erhöhen wird. Und ebenso überzeugt bin ich, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Korps unter guten Ar-

beitsbedingungen gute und sie befriedigende Arbeit leisten können. Die Projektarbeit bringt jedoch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Direktionssekretariat und im erweiterten Stab der Kantonspolizei und der Stadtpolizei an ihre Grenzen; es ist eines der grössten Projekte, das wir je angepackt haben, und ohne das permanente Höchstengagement aller Beteiligten wäre es schlicht unmöglich, das Projekt innerhalb der sehr engen Zeitvorgaben (die «Zuger Polizei» soll ja am 1. Januar 2002 starten) einhalten zu können. Auch wenn es auf der strategisch-politischen Ebene viel zu tun gibt; meine Arbeit in diesem Bereich wäre schlichtweg nicht möglich ohne die riesigen operativen Vorbereitungen im Hintergrund.

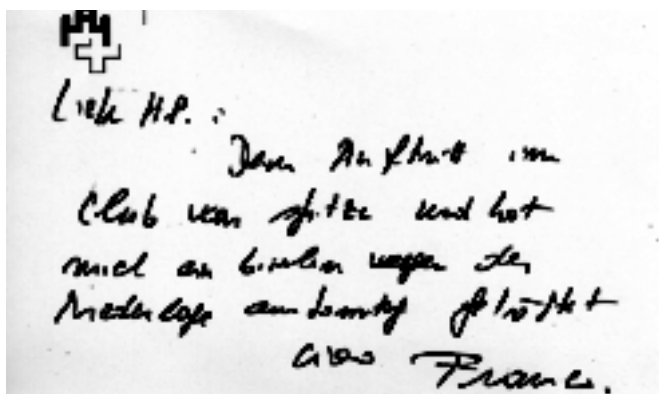
## Lastwagenstaus auf der Autobahn

Wie die Jungfrau zum Kind bin ich vor kurzem zu einem neuen Thema gekommen, und zwar als Präsident der Zentralschweizer Polizeidirektorinnen und -direktorenkonferenz. Für eine gemeinsame Sitzung der betroffenen Kantone mit Bundespräsident Leuenberger haben sich die Zentralschweizer Kantone und der Kanton Tessin intensiv in Zug vorbereitet und eine gemeinsame Strategie verabschiedet; nicht zuletzt dank dieser guten Vorbereitung gelang es uns an der Konferenz selber, dass der Kanton nur Massnahmen ergreift, die

nicht zu einer weiteren Attraktivitätssteigerung der Strasse gegenüber dem Güterverkehr auf der Schiene führen. Abgesehen davon, dass damit auch ein wichtiges grünes Anliegen erfüllt ist, können wir Kantone nun den Druck auf den Bund aufrecht erhalten, damit er die Probleme nicht an die Kantone abschiebt, sondern endlich mit einer intelligenten Abfertigung der Lastwagen am Zoll selber löst. Hier besteht riesiger Handlungsbedarf seitens des Bundes. Die Kantone wollten aber nicht den schwarzen Peter an den Bund weiter-schieben, sondern sind im Sinne einer befristeten Massnahme auch bereit, anfallende Staus solidarisch auf die verschiedenen Autobahnteilstücke zu verteilen.

## ... und so viel anderes auch noch

Meine Ansprache am Flüchtlingstag, die ganze Majorz-Abstimmung, ein Auftritt im Ziischtigsclub des Fernsehens zur Militärgesetzrevision beziehungsweise zur Reaktion des Bundesrats auf die Kampagne der SVP und der Auns, das Tagesgeschäft im Büro, die Pflichten als Landammann: Es ist manchmal nicht ganz einfach, dies alles mit meiner anderen Hauptaufgabe, nämlich Partner meiner Frau und Vater unserer beiden Kinder zu sein, unter einen Hut zu bringen.





Der Stapel neben meinem Bett

Von Ula Schiesser

Kürzlich sassen wir auf dem Balkon, meine Freundin Charlotte und ich, die Füsse in einem warmen Bad aus Wasser, Zitrone und Olivenöl - es war Sommer. Alles war perfekt. Eine Luft wie Samt und Seide, eine blasse Mondsichel und leises Schnarchen aus dem Kinderzimmer. Hinter uns lag ein schwerer Tag, vor uns stand ein kühles Bier. Ganz harmlos fing Charlotte an: «Was würdest du einem dir lieben Menschen, der für drei Wochen nach Sylt fährt, in die Tasche packen? Ich denke bei der Frage natürlich nur an Literatur.»

«Charlottchen, du faules Stück, hoffst ja nur, dass ich dir den Koffer mit Ferienlektüre bestücke. Da du mit uns fährst, liegt mir aber schon daran, dir gut zu raten, ich will es versuchen...»

Kürzlich ist das neue Buch von Vikram Seth im Taschenbuch erschienen: «Verwandte Stimmen». Der Protagonist, Michael Holm, lebt als Musiker in London. Er spielt die zweite Geige in einem bekannten Quartett, eine sehr schöne Arbeit, wenn auch nicht die ganz grosse Karriere, auf die er als junger Mann gehofft hat. Die Einkünfte reichen nicht, um die Geige zu kaufen, die ihm eine Gönnerin vor vielen Jahren geliehen hat. Er weiss, die alte Dame wird bald sterben, die Erben werden das Instrument an den Meistbietenden verkaufen, und der wird nicht er sein. Diese Aussicht zerreisst ihm das Herz. Seine Beziehung

zu einer jungen Frau hingegen lässt ihn mehr oder weniger unberührt, er scheint aber zu bequem oder zu unglücklich, um diese aufzulösen. Das klingt nun alles etwas trist, nicht sehr verlockend, doch der Alltag der vier Musiker, ihre Charaktere, ihre Beziehungen zueinander sind wunderbar gezeichnet. Wie kann ein Quartett funktionieren, wenn einer in eine Schiefla-



ge gerät? Wie gehen drei Männer und die Frau mit Aggressionen um, mit Neid, Eifersucht, Zuneigung, Einsamkeit? «Verwandte Stimmen» ist aber nicht nur ein Buch über Musik, es ist auch ein Liebesroman. Eines Abends, nach einem Konzert, taucht hinter der Bühne Michael Holms grosse Liebe wieder auf. Julia, die Pianistin, mit der er in Wien zusammengelebt hat. Nach dieser Frau, die unterdessen verheiratet ist und einen Sohn hat, hat er sich jahrelang gesehnt, obwohl er damals Wien verlassen hat. Sie lassen sich noch einmal aufeinander ein, unter komplizierten Bedingungen... mehr verrate ich nicht. Zu den schönsten Passagen im Buch gehören die ausführlichen Beschreibungen der Proben und Konzerte.

Zum Roman ist übrigens zur selben Zeit eine CD erschienen - es lohnt sich, sie

begleitend zur Lektüre anzuhören.

Dann würde ich dir gerne noch das Buch von Bonnie Burnard, «Ein ganzes Leben», in den Koffer legen. Der Roman beginnt 1949 in einer Kleinstadt im Süden Ontarios. Erzählt wird die Geschichte der Familie Chambers, von Bill und Sylvia, die miteinander drei Kinder haben. Bill arbeitet in einem Eisenwarenladen, Sylvia kümmert sich um die Kinder, erkrankt jung an Krebs und stirbt. Bill verheiratet sich bald darauf wieder, die Liebe zur neuen Frau wächst, die Kinder werden grösser. Man steigt mit ein in diesen Strom der Erzählung und ehe man es sich wünscht, endet das Buch, fünfzig Jahre später, in derselben Kleinstadt. Die Sprache ist klar und schön und genauso unspektakulär wie das Leben der Figuren. Sie lieben, sterben, trauern, gebären, streiten, denken, sie tischen Mahlzeiten auf, rebellieren, sind glücklich und unglücklich und auf jeden Fall miteinander verbunden. Die ganze Fülle des Lebens begegnet einem in diesem klugen, fesselnden Roman. Vielleicht spricht das Buch eher Frauen an, auf jeden Fall Menschen, die das Alltägliche lieben, diese andere Art von «Abenteuer gleich um die Ecke».

Und da wir nach Südtalien fahren, liebe Charlotte, nehmen wir auf jeden Fall alle Taschenbücher von Andrea Camilleri mit. Sein Commissario Montalbano ist Sizilianer mit Leib und Seele. Ob er eine hinterhältig ermordete Maus obduzieren lässt, um eine Schmugglerin aufzufliegen zu lassen, oder beim Schuhkauf ganz nebenbei

eine komplizierte Schutzgeldaffäre regelt, mit seiner südländischen Art und seinem hintergründigen Humor findet er eine Lösung für jedes Problem. Ich sehe dich schon am Strand sitzen und lachen...

«Charlotte, Charlotte, schläfst du wirklich? Ich halte dir Vorträge über Bücher und du pennst?

Ich werde den Teufel tun und dir noch einmal was erzählen...»

Ob wir trotzdem zusammen gefahren sind, und was wir im Herbst lesen, wird im nächsten Bulletin verraten.

Literaturangaben:

- Burnard, Bonnie: Ein ganzes Leben. Hoffmann u. Campe.
- Seth, Vikram: Verwandte Stimmen. Rowohlt Taschenbuch.
- Camilleri, Andrea: Commissario Montalbano's Fälle, alle bei Lübbe.

Buchtipp

Anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums des UNHCR und dem UNO-Jahr der Freiwilligen 2001 erschien das Buch «Spurensuche» – eine spannende Zeitreise durch 50 Jahre Flüchtlingsarbeit im Kanton Zug: Was ist aus all den Flüchtlingen geworden? Welche Hoffnungen, Träume und Wünsche brachten sie mit? Wo sind die Menschen, die sich um die Flüchtlinge kümmerten und aus welcher Motivation etc?

Zu beziehen bei:  
OK Zuger Flüchtlingstage,  
c/o Asylbrücke Zug,  
Postfach 4805, 6304 Zug.  
Email: info@asylbruecke.ch





**Zuger Kino-Open-Air 2001**

Von Thomas Ulrich

Auch diesmal gibts am Zuger Kino-Open-Air wieder eine Menge Schweizer Vorpremierer zu sehen. Schliesslich sollen auch diejenigen ans Open-Air können, die das Jahr hindurch praktisch jeden Film schauen gehen. Leider gibt es bei den Vorpremierer jeweils noch kaum Infos. Deshalb hier einige Erläuterungen zu diesen Filmen und anderen persönlichen Favoriten.

«Amelie de Montmartre»  
Von Jean Pierre Jeunet («Delicatessen»).

Der Eröffnungsfilm ist gleichzeitig auch derjenige, auf den ich mich am meisten freue. Ein phantastisches Märchen über Amelie, die anderen Menschen zur guten Fee wird. Er wurde am Festival von Cannes nicht in den Wettbewerb zugelassen, was einen kleinen Skandal auslöste, denn inzwischen ist der Film in Frankreich und der Westschweiz nicht nur der Publikums- sondern auch der Kritikerliebling. Lisa Nesselson vom Variety war derart hingerissen, dass sie ihre Kritik so eröffnete: «If Paris were destroyed tomorrow and the recipe for true love lost, archeologists could reconstruct both to perfection from just a reel of Amelie.» Das tönt ja vielversprechend...

«Blow»  
Von Ted Demme, mit Johnny Depp, Penelope Cruz und Franka Potente.

Wie schon «Traffic», nimmt sich «Blow» der Drogenproblematik an. Allerdings wird das Thema diesmal aus der Sicht des Drogenbarons angegangen. Es handelt sich um die wahre Geschichte von George Jung, der in den 70er Jahren auf der Kokainwelle ritt. Sicher kein Meisterwerk wie «Traffic», aber Johnny Depp wählt sich seine Projekte erfahrungsgemäss sorgfältig aus und ist fast ein kleiner Garant für Qualität.

«The Mexican»  
Von Gore Verbinski, mit Julia Roberts und Brad Pitt.  
Abenteuerkomödie. Nur soviel: Julia Roberts spielt mit und deshalb läuft der Film gleich zweimal – Deutsch und E/d/f.

«La Stanza del Figlio»  
Von und mit Nanni Moretti.  
Ein Drama von Schmerz und Trauer, über die Auswirkungen, die der Tod des Sohnes auf eine Familie hat. Zum Glück lässt der italienische Ken Loach für einmal die linken Themen weg und konzentriert sich darauf, die herzerbrechende Geschichte äusserst subtil zu erzählen. Gewinner der Goldenen Palme am diesjährigen Festival von Cannes.

«Spy Kids»  
Von Robert Rodriguez, mit Antonio Banderas.  
Ein Fantasy-Action Abenteuer, über zwei Kinder, die Spione werden, um ihre Eltern (und die Welt) zu retten. Robert Rodriguez, der sonst für Brutalos wie «Desperado» und «From Dusk Till Dawn» verantwortlich ist,

vereinte das Beste aus Filmen wie Indiana Jones, Gonnies und Matrix, um ein 007 für die ganze Familie zu kreieren.

«Bridget Jones' Diary»  
Von Sharon Maguire, mit Renee Zellweger und Hugh Grant.

Buchverfilmung der «Bibel für Singlefrauen in den Dreissigern», deutscher Titel «Schokolade zum Frühstück». Renee Zellweger überzeugt in der Komödie, die in England sogar «Notting Hill» übertrumpfte und zum erfolgreichsten einheimischen Film aller Zeiten wurde.

Der Film vom letzten Tag (19.8.) ist wie in früheren Jahren immer noch offen. Wir hoffen, auch dieses Jahr eine Perle zu entdecken, von der heute noch niemand weiss. (Bisher hatten wir an diesem Termin Vorpremierer von «La Vita E Bella», «Mifune» und «Dancer in the Dark».)

Weitere persönliche Favoriten sind das Meisterwerk «Traffic», «Kalt ist der Abendhauch», der leider in den Kinos floppte, «Together», der Nachfolger von «Fucking Amal», «Solas», «La Veuve de Saint Pierre», sowie die Komödie «Everybody Famous». Europäisches Kino ist eben immer noch gut.

Ich wünsche viel Vergnügen.

«Waterloo» stöhnt die Hodel zum Pfister, zeigt auf den Flachsmann: «Dort ist er!»  
«Um Himmels willen Schanpool!» bibbern die Genossen,  
das war knapp, der Majorz Penalty ist verschossen.  
«Was für eine Zwängerei», flucht der Pfister zur Hodel, «Ich war doch so ein schönes Politplakat-Model»  
Uster lächelt milde zur Andrea, weil: sie hat den Koller: «Zum Teufel mit dem Uster, in die Hölle fahren soll er!»  
Doch Hanspeter war in Einsiedeln und in Rom  
Resultat: die CVP bleibt ohne Majorz-Strom

Einblick in sein strategisches Gedankengebäude gewährte SP-Präsident Hubert Schuler einem Journalisten der Neuen Zuger Zeitung. Wohl in einer Art Nach-Majorz-Sieges euphorie tagträumte er laut von drei SP-Leuten auf der gemeinsamen Regierungsratsliste bei den Wahlen 2002. Wie sich Monika Hutter zu diesem interessanten Vorschlag stellt, ist unklar. Und ob wir unserer lokalen Geheimdienstquelle trauen dürfen, wissen wir auch nicht. Dort heisst es, bei den drei SPLern handle es sich um Armin Jans, Jans Armin und Armin Jans.

Die Proporz-Segel sind gesetzt - klar Schiff für die Wahlen im Herbst. Immerhin hatte die Kampagne der Majorzler etwas Gutes: Wir wissen nun plakatmässig ganz genau, wer sich Persönlichkeit genug findet, um nicht von einer Parteiquote

gewählt werden zu müssen und ergo nicht in Frage kommt für die Nachfolge der vier CVP und FDP-Regierungspersönlichkeiten. Die müssen nun weiterhin per Parteiquote eruiert werden. Da bleiben nicht mehr viele übrig: Schwerzmann kann nicht mehr, Bossard muss nicht mehr, Bisig will nicht mehr und Suter mag nicht mehr.

Vier auf einmal. Da müssen halt doch wieder «Persönlichkeiten» einspringen: Persönlichkeit Langenegger vom Gemeinderat Baar empfindet sich da als besonders schlauer Politikämpfer. Wollte die Linke verunsichern mit dem Spruch, sie müsste doch für den Majorz sein, sonst würde die SVP nämlich einen der zwei linken Regierungsratssitze holen. Mit Flachsmann zwei Sitze holen? Eher zwei Fettnäpfe...

Eine Wallfahrt gen Einsiedeln, ein Besuch beim Papst und der Schweizergarde - wie viele Gebete gegen den Majorz es waren, wollte Hanspeter Uster der Frontal-Redaktion nicht verraten. Ungewohnten Schutz geniesst Chnuschpi jedenfalls bei der unverdächtigen «Bilanz», die ihn als «steten Warner» vor dem Finanzplatzfild rühmte. Und die den Versuch einiger bürgerlicher Kantonsräte, Uster nicht zum Landammann zu küren, schlicht für «lächerlich» erklärte. Wie kommt unser Landammann zu solcher Protektion? Des Rätsels Lösung: siehe rechts!

Als Geheimwaffe bei der FDP wird unbestätigten Gerüchten zufolge Polizeidepartementschef Christen gehandelt. Flucht vor drohender Arbeitslosigkeit sozusagen. Im Regierungsrat müssten sie dann ein neues Departement kreieren – Direktion Zug Stadt. Kürzel: ZS – ist ja logo! Andernfalls käme ein Job als Revierpolizist in Frage.

Aber dafür müsste Christen mehr Loyalität zu seinem Kommandanten an den Tag legen. Nicht wie ihn jener GGR-Sitzung, in der er sich von den bürgerlichen Kräften die Verhandlungskompetenz in Sachen Polizeifusion widerstandslos wegnehmen liess. Ein eklatanter Mangel an Persönlichkeit auf Seite des Stapo-Chefs und ein nicht minderer an Intelligenz und Effizienz auf Seiten der bürgerlichen Parlamentsmehrheit.

Fehlende Loyalität hüben wie drüben: Bei der SP-Gemeinderatsfraktion wurde unlängst der Arbeitnehmervertretungsanspruch abgeschafft. Einen Antrag der Fraktion SGA/Parteilose, die

städtischen Angestellten in einer einmaligen Aktion wenigstens mit fünf Prozent am riesigen Ertragsüberschuss teilhaben zu lassen, wurde von den GenossInnen nicht unterstützt. Immerhin 1200 Franken pro Kopf wären das gewesen – Peanuts für SP-Dolfi Müller. Denn Stadtarbeiter, für die 1200 Franken nicht nichts seien, gebe es ja nicht mehr viele...

Wir raten diesen paar Stadtarbeiterexemplaren, einmal in den Streik zu treten. Dann müssten die lieben GenossInnen die Stände für den nächsten 1. Mai selber auf den Landsgemeindeplatz schleppen...

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

Bulletin Nr. 2, Juni/Juli 2001, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Förderverein pro Bulletin

Adresse: Das Bulletin, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: mstuber@tic.ch

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Gerhard Schmid, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss  
Produktion: Markus Müller, Stefan Gisler

Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: ropress

Gedruckt auf Cyclus Print, hergestellt aus 100% entfärbtem Altpapier.

Auflage: 1250

Abonnements: Fr. 20.-;  
KleinverdienerInnen Fr. 10.-,  
Unterstützungsabo: Fr. 50.-  
Mitgliederbeitrag Verein  
DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Redaktionsschluss Nr.  
3/2001: 15. 9. 2001

Erscheinungsdatum: Donnerstag, 28. 9. 2001

«Das Bulletin» auf dem Internet unter [www.sga-zug.ch/bulletin](http://www.sga-zug.ch/bulletin)

Wir benützen diesen Anlass, um Euch samt uns dem Machtschutz Gottes zu empfehlen.

REGIERUNGSRAT DES KANTONS ZUG

Der Landammann



Hanspeter Uster

Der Landschreiber



Tino Jorio